

Neulich beim Vulkanausbruch
beim Heinz-Hertz-Institut...

Der
Shutdown für die
Kontrollgesellschaft !

Läuft! Und jetzt weiter
Häuser besetzen und
Projekte verteidigen!
Let's go!

Mai 2020

Nummer 812

INTERIM

Magazin für analogen Polit-Lifestyle

Freund*innen der Nacht,

wir grüßen euch aus unserem klandestinen Homeoffice! Vermutlich lest ihr zum ersten Mal in eurem Leben diese Zeitschrift und haltet sie dabei **nicht** in den Händen. Wir haben uns für die aktuelle Krisen-Ausgabe was besonderes einfallen lassen: einen illuminierten Hintergrund. Ansonsten bemühen wir uns aber, das gewohnte Vintage-Design mit den schlechten Kontrasten originalgetreu nachzubilden. Falls du, liebe lesende Person, irgendwie zufällig hier gelandet bist und zum ersten Mal überhaupt eine Interim nicht in deinen Händen hältst und dich fragst, was ist das eigentlich: Die Interim ist ein sehr analoges Printmedium, welches Debatten und Aktivitäten der militanten und charmanten autonomen Szene abbildet, sammelt und dokumentiert (auch wenn es uns manchmal inhaltlich schwer fällt, siehe unten). Ziemlich berlinfokussiert. Es gibt einen Briefkasten (die Adresse steht unten in der Infobox), also so ein Ding, wo beschriebenes Papier, (dieses Mal war es sehr viel!) Geld und Schokolade hingeschickt oder eingeworfen wird, und wenn Geld und Schokolade ausreichen, dann werden die gesammelten Texte von uns zusammengeschnippelt und einmal im Monat gedruckt und verteilt. Meistens reichen Geld und Schokolade nicht und wir machen es trotzdem, also wenn du eh gerade Geld an deine Lieblingskneipen, -clubs und -projekte verteilst, steck doch gerne noch ein Scheinchen für uns in den Umschlag. DNA-frei, versteht sich.

Nun zu Corona.

Neu ist die Wertschätzung, die Sorge um alte, schwache und um kranke Menschen. Auf einmal sind sie eingeschlossen in ein "wir", die, die im Kapitalismus eigentlich noch nie viel zählten. Oder ist das, was sich dort als neue Menschlichkeit tarnt doch Instrumentalisierung?

Viele Menschen gehören ganz offensichtlich nicht zu dem zu schützenden "wir" dazu: Wohnungslose und Geflüchtete. Sie werden alleine auf der Straße gelassen oder zwangsweise zusammengepfercht und eingesperrt in überfüllten Lagern und dort der überhöhten Infektionsgefahr ausgeliefert. Nur bedingt im „wir“ drin sind Frauen und Kinder. Stay at home - da seid ihr sicher. Zu Hause war aber schon immer nur sehr bedingt sicher - Gewalt findet überwiegend zu Hause statt. Gewalt geht überwiegend von Männern aus. Gewalt trifft überwiegend Frauen und Kinder. Gerade wird ein erheblicher Teil der Bevölkerung in Gewaltverhältnisse hinein gezwungen, viele Gewaltverhältnisse verschärfen sich durch die staatlichen Maßnahmen!

Drogenabhängige, Sexarbeiter*innen, Wohnungslose, Geflüchtete, Flüchtende, Betroffene von Gewalt im Wohnumfeld: für manche bedeutet der Lockdown der Weg in die (noch größere) Isolation, eventuell mit seelisch negativen Folgen.

Und plötzlich reden alle von Solidarität. Man kann sich ja freuen, dass ein von uns immer wieder gern verwendeter Begriff in aller Munde ist. Aber seien wir nicht weltfremd: Wir meinen nicht das gleiche. Ist es nicht auch eine weiße bürgerliche Blase, die Hilfszettel im Treppenhaus aufhängt und sich wohl dabei fühlt? Wenn Transparente rausgehängt werden, wo irgendwas mit Solidarität draufsteht und das dann bei Facebook als politische Aktion gepostet wird, weil man ja mehr gerade nicht machen kann. Echt jetzt? Was ist das mehr als Wohnungs- oder Identitätsschmuck? Wir fürchten, wir müssen die Latte der Solidarität etwas höher hängen, Wir zitieren mal aus einem der eingesandten Texte: "Solidarität heißt Angriff".

Jede Krise birgt die Gefahr, dass die Repressions- und Kontrollapparate alle Möglichkeiten nutzt um mehr Überwachung zu installieren. Historisch lässt sich zeigen, dass Epidemien, Hygienevorschriften und neue Kontrollmechanismen immer zusammen gewirkt haben. Es wird gemacht, was durchgeht!

Auch erstaunlich ist, wieviel Geld die BRD auf einmal zur Verfügung hat. Schon lange war nicht mehr so offen und so sichtbar: Geld ist da, es ist nur eine Frage der Verteilung!

Und wer finanziert eigentlich die John Hopkins Universität und das Robert Koch Institut, die hier in der BRD so maßgeblichen Einfluß auf die Meinungsbildung in der Corona-Zeit haben?

Das Gerede von der Zeit nach Corona, wo dann alles wieder so wird, wie es war, halten wir für Teil eines Krisenmanagements, das uns auf Mitmachen einschwören will: Opfer bringen, aushalten, ein bisschen Hin und Her zwischen Lockdown und Lockerung, aber eigentlich soll alles so weiter gehen und niemand soll ernsthaft versuchen, ein anderes Gesellschaftssystem zu denken. Es gibt kein danach, es gibt nur eine schrittweise Gewöhnung an die Krise.

Und die linke Szene? Löst ihre gesamte öffentliche Infrastruktur gehorsamst selber auf. Kein hörbarer, sichtbarer Gegenentwurf dazu wie wir verantwortungsvoll mit dieser Pandemie umgehen wollen und trotzdem kollektive Strukturen sichtbar aufrecht erhalten. Gerade jetzt ist es wichtig auszudiskutieren, wie Gesundheitsschutz und Kämpfe für mehr Gerechtigkeit Hand in Hand gehen können.

Warum lähmt ein Virus, das tödlich sein kann, die linke Szene so dermaßen? Wo sind die Erfahrungen einer queeren Szene zu dem Thema AIDS? Wo sind die Erfahrungen zu einem politischen Umgang mit dem Thema Tod?

Macht uns ein weißes, westliches, rassistisches Privileg handlungsunfähig? Gestorben wird normalerweise woanders, auf anderen Kontinenten und normalerweise sterben die, die zu uns fliehen wollen. Normalerweise sterben nicht „wir“.

Wie organisieren sich gerade die Zapatist_innen, die Kurd_innen, die viel mehr Erfahrung in langjähriger kollektiver Selbstorganisation haben?

Müssten wir nicht misstrauisch sein, wenn wir anfangen uns gegenseitig zu überwachen, anstatt miteinander zu besprechen, was jede Person gerade für sich an Nähe und Abstand braucht, welches Risiko okay und welches nicht okay ist? Müssten wir nicht misstrauisch werden gegen uns selber, wenn der kleine Polizist, Nazi oder sonstiger Menschenfeind in uns die Oberhand gewinnen will, wenn wir andere und auch uns selber maßregeln, wenn wir die Anordnungen nicht befolgen. Anstatt zu überlegen, ob die Anordnungen so schlaue sind, und ob das Befolgen der Anordnungen nicht mit unseren Urängsten Hand in Hand geht. Nein, Corona ist weder die Erlaubnis, die Hände in den Schoß zu legen noch zum eigenen Befehlshaber zu werden.

Es gibt aber auch neue Möglichkeiten für uns! Wir hoffen, dass ihr es schön ausnutzt, dass man nun allerorts in Vollvermummung herumlaufen und Schabernack treiben kann. Nicht die Zeit für Schabernack? Das sehen wir aber ganz anders! Wir brauchen den Schabernack in den Zeiten, wo Krise, Krieg und Katastrophe uns darauf einschwören, die Füße und das Hirn stillzuhalten.

In den vergangenen Wochen gab es viele Transpis und Sprühereien in der Stadt, der öffentliche Raum ist voller schriftlicher politischer Parolen wie schon lange nicht mehr. Und viele Aktivistinnen und Aktivisten haben an verschiedenen Stellen ganz unvirtuell ihre Meinung auf die Straße getragen. Natürlich immer in gebührendem Abstand: Gegen das Versammlungsverbot, für die Evakuierung von Geflüchtetenlagern hier und im Ausland, gegen das Inkaufnehmen von erhöhten Raten häuslicher Gewalt während der Ausgangssperre, für die Nutzung von Ferienwohnungen und Hotels für die, die eine Unterkunft brauchen, gegen Mietwahn und für Enteignungen, für den Erhalt linker Projekte und gegen Räumungen und vieles mehr.

Am 28.3.20 fand trotz Versammlungsverbots eine erste öffentliche Kundgebung am Kottbusser Tor mit ca. 150 Menschen statt. (siehe Text ab S. 15) Weitere Aktionen folgten und am 27.4. wurde das Kuchenangebot der Bäckerei 2000 in der Rigaer Straße gemeinsam begutachtet (etwas tiefergehenden Betrachtungen aus dem Nordkiez ab S. 25).

Wie so oft legen wir Euch auch das autonome Blättchen ans Herzchen, v. a. den Text "Corona-Diagnose per DNA-Analyse", in dem festgestellt wird: "Wer (derzeit) auf Corona-Viren getestet wird, dessen DNA-Probe wird asserviert, auch wenn das Labor sich zunächst nur für die Viren-DNA darin interessiert. Das sollten Aktivist*innen berücksichtigen, die sich bemühen ihre DNA nirgendwo zu hinterlassen. Nachtigall ick hör dia trapsen." Keine Kooperation mit den Staat und seinen Organen – auch nicht für die Gesundheit!

Auch ans Herzchen sei Euch der Protest gegen Rheinmetall gelegt: Am 5. Mai treffen sich die Kriegstreiber in Berlin (siehe letzte Seite).

Zu Dokumentationszwecken haben wir einen Text der RAZ/MIEZE reingenommen, auch wenn wir erhebliche Kritik daran haben: persönliche Bedrohungen auszusprechen, auch gegen staatl. Entscheidungsträger, um Angst zu machen, ist eine Strategie der Rechten. Ausserdem habt ihr eine total bekloppte Volksdefinition! (Und wir keine Chefredaktion.)

Bleibt gesund, laut und unbequem. Eure linken Bazillen aus dem radikalen Presse milieu.

INHALT:

Editorial	2-3
Inhalt und Orga	4
Shut down the power: Vulkan fackelt App ab	5-9
Die „freiwillige“ Corona-App	10-14
Achtsamer Protest: erste Corona-Demo am Kotti	15-17
Lieblingssport	18-21
Bitte umgehend der Chefredaktion vorlegen	22-24
Infos aus dem Nordkiez	25-35
Auswertung „Entsichert“	36-39
Kriegsverbrecher	40

IMPRESSUM:

HerausgeberIn: Interim e.V.
Charlotte Schulz
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

EIGENTUMSVORBEHALT:

Diese Druckschrift ist so lange Eigentum der AbsenderIn, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. Zur Habenahme ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird diese Druckschrift nicht ausgehändigt, ist sie unter Angabe der Gründe an obige Adresse zurückzusenden

IHR SCHREIBT DIE INTERIM:

Ihr schreibt und sammelt die Texte, wir stellen das Heft zusammen.

Beiträge müssen bis spätestens Donnerstag bei uns im Briefkasten sein.

per Post:

Interim, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

per Einwurf:

Umschlag beschriftet mit „Interim“ in den Türschlitz des Postraums im Mehringhof 2. Hof, Aufgang III, 1. OG, neben Blauem Salon, werktags bis 17 Uhr erreichbar

Achtet auf Fingerabdrücke und Spuren, auf mehrfach verwendetes Brief- und Umschlagpapier bzw. Briefmarken. Es ist bekannt, dass hin und wieder Postsendungen zum Teil geöffnet wurden oder verschwinden.

IHR BEKOMMT DIE INTERIM:

in gut sortierten linken Buch- oder Infoläden, Kneipen, autonomen Zentren, überall dort, wo sie auch von Euch selbst ausgelegt wird. Wir wollen, dass die INTERIM nichts kosten soll und jede/r sie überall an ganz vielen Orten einfach mitnehmen kann – dafür brauchen wir Euch! Zum Verteilen und zum Geld-Organisieren, denn Produktion, Verschickung und Verteilung sind nicht umsonst. Stellt Spendendosen auf, organisiert Soliparties und überlegt, welchen festen regelmäßigen Betrag Ihr uns zukommen lassen könnt.

Meldet Euch per Post, wenn es die INTERIM

bei Euch nicht gibt und wir sie Euch schicken sollen, versucht dabei bitte, zentrale Verteil- und Abholstellen zu organisieren, damit wir Porto sparen können.

Schickt uns Knastadressen und kümmert Euch als Soli-Gruppen darum, dass die INTERIM dort auch ankommt.

Wir haben kein Bankkonto! Deshalb schickt uns Geld bitte in Briefumschlägen, (aber möglichst keine großen Beträge auf einmal), genauso kommt es auch bei uns an, wenn Ihr es im beschrifteten Umschlag in den Briefschlitz (Mehringhof Postraum) werft. DANKE!

Shut down the power!

Digitale Zurichtung sabotiert.

von: Vulkangruppe shut down the power / Digitale Zurichtung sabotieren am: 14.04.2020

Nach eigenen Angaben ist heute das unten dokumentierte Schreiben an den RBB, die Berliner Morgenpost, die Berliner Zeitung, das Nachrichtenportal indymedia und die dpa versandt worden. Mit dem Schreiben erklärt eine Gruppe die Motive hinter ihrer Sabotage einer Datenleitung zum Heinrich-Hertz-Institut in Berlin, einer der an der Entwicklung der "Corona-App" beteiligten Institutionen.

Shut down the power! Digitale Zurichtung sabotiert.

Wir erteilen der sogenannten Corona-App eine Absage und sind in Vorleistung gegangen. Wir haben heute, um jeder weiteren Aufweichung der Grundrechte und dem Ausbau der Überwachungsmaßnahmen entgegenzuwirken, einen Schacht mit Kommunikationskabeln, die u. a. das „Heinrich-Hertz-Institut“ versorgen, in Brand gesetzt. Die Netzkabel von Colt, Telekom und anderen Anbietern sollten durch unseren Anschlag zerstört werden. „Das Heinrich-Hertz-Institut“ (HHI) war Ziel unseren Angriffs. Den offenen Schacht, in dem neue Kabel verlegt werden, haben wir als Zuleitung zum „HHI“ identifiziert. Der kurzfristige Shutdown betraf auch weitere ansässige Konzerne, etwa Autohäuser von den Klimakillern VW, Alfa Romeo, Jeep, Mercedes, Audi, Porsche etc. Eine Gefährdung für Menschenleben haben wir ausgeschlossen.

Warum wir die Nutzung der App politisch sabotieren:

Die Verordnungen gegen die Pandemie bringen Ausgangssperren, Kontaktverbote und weitere Eingriffe mit sich, die in der Geschwindigkeit ihrer Umsetzung und ihrer Grundsätzlichkeit in der Geschichte der Bundesrepublik beispiellos sind. Begleitet werden diese Eingriffe immer wieder mit Kriegssprache. Das Vorbild für diese „Regeln“ bildet Chinas Umgang mit dem Virus. China: eine patriarchale Diktatur, die jede Bewegung der Menschen überwacht, kontrolliert und Verstöße gegen die von der kommunistisch-kapitalistischen Elite gesetzten „Regeln“ bestraft. Die Abriegelungen von Millionenstädten kann nur in einem so effizienten totalitären System durchgeführt werden, als Maßgabe dafür, was möglich ist. China ist kurzfristig mit seiner 60 Tage dauernden totalen Ausgangssperre (bspw. in Wuhan) und der totalen Kontrolle der Menschen zum Modellfall der (behaupteten) Eindämmung der Pandemie für die Regierungen fast der ganz Welt geworden. Anfang Januar wurden diese Maßnahmen noch als totalitär und menschenrechtsverletzend kritisiert. Jetzt werden diese in abgewandelter Form ebenfalls in die anderen Erdteile transferiert.

Ganz in diesem Sinne schlug Jens Spahn mehrmals die Handyortung, das Daten-Tracking eines jeden Menschen vor, um die Infizierten und potenziell Neuinfizierte auffindig zu machen und zu isolieren. Die Kritik von Verfassungsrechtler_innen und Datenschützer_innen hielt er sich mindestens zwei Meter vom Leib. Die totale Ortung des Bewegungsprofils eines jeden Menschen hat er sich von China und Südkorea abgeschaut. Der Parlamentspräsident in Österreich plädierte für die verpflichtende Einführung einer vergleichbaren App. Auch hierzulande wurden entsprechende Forderungen laut. Schon die Diskussionen sind kalkulierte Tabubrüche mit dem Ergebnis dem wachsendem Überwachungspotential neuer Technologien zur Akzeptanz zu verhelfen und gegebenenfalls auch autoritär zu steuern, wenn es nicht „freiwillig“ geht.

In China wird die App von „Ant Financial“ bei öffentlichen Kontrollen durch die Polizei eingesetzt. Der persönliche QR-Code entscheidet über den Einkauf im Supermarkt und den Spaziergang. Bei einem roten oder gelben QR-Code erfolgen Anweisungen der Behörden. Diese Bezahl-App entscheidet in intransparenter

Weise über die „soziale Corona-Virus-Last“. In Südkorea ist noch keine Ausgangssperre verhängt worden. Alle Menschen „dürfen“ so lange weiterarbeiten, bis das Smartphone sie als „infiziert“ oder als „Verdachtsfall“ identifiziert und der staatliche Zugriff angeordnet wird. Aktuell zwingt die Regierung die Menschen in Südkorea, „freiwillig“ ihre Handydaten und Zugänge offen zu legen. Das Tracking von Daten ist in Südkorea u. a. mit dem Programm „Total Information Awareness“ erprobt worden, das von der NSA heimlich als „Prism“ weiterbetrieben wurde, wie der Whistleblower Ed Snowden offenlegte. In den USA wollen Google und Apple eine Corona-App gleich automatisch als Betriebssystembestandteil mit einem kommenden Update verteilen.

Ein Daten-Tracing soll bald in Form einer installierten App auch in Deutschland etabliert werden. Die Propaganda für diese App arbeitet bereits auf Hochtouren. Die Politik wird massive Werbung dafür machen, denn nur die breite Akzeptanz verspricht ihrer Ansicht nach die gewünschten Effekte. Oberflächlich betrachtet hört sich die Nutzung der App sinnvoll an. Bei der Einführung setzt man (zunächst) auf Freiwilligkeit, um den frontalen Verfassungsbruch zu umgehen. Denn Kontakte, also infizierte und nicht infizierte Personen und ihr Umfeld, können ausgespäht werden. Aber wie auch bei der Weiterleitung (angeblich) anonymisierter Bewegungsprofile durch Mobilfunkanbieter, bei der die Betroffenen schon keine Einwilligung- oder Verzichtsmöglichkeit hatten, ist davon auszugehen, dass die in der App enthaltenen Überwachungsmöglichkeiten schnell zu einem zwingenden Standard werden, sind sie einmal bei einer kritischen Menge „freiwillig“ etabliert: Wer in die Bibliothek will muss die App haben - der Besuch der Bibliothek ist ja freiwillig... Da der Quellcode der Software nicht offen liegt, ist keine Überprüfung möglich, ob die Propaganda zur Nutzung der App mit der Realität übereinstimmt, bzw. wer sich noch alles der Daten bedienen kann. Und ob nicht doch Möglichkeiten zum Daten-Tracking eingebaut sind. Ein einfaches Update der Software wäre jederzeit möglich. An dieser App arbeitet aktuell das „Robert-Koch-Institut“ u.a. zusammen mit dem „Heinrich-Herz-Institut“ und dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik und der Bundeswehr.

Es wird reguliert:

Die Geschwindigkeit der täglichen Veränderungen ist kaum zu verarbeiten. Die Bekämpfung der Pandemie wird nicht umsonst immer wieder mit bewusst gewählter Kriegsrhetorik untermauert. Denn ein Krieg ist immer auch ein sozialer Angriff nach innen, um die „Volksgemeinschaft“ oder - und das ist im Fall Corona neu - die Weltgemeinschaft auf die Interessen der Herrschaft neu zuzurichten. Dahinter steckt kein Plan der Verschwörung. Es ist die fortlaufende Dynamik herrschaftlicher Entwicklung, die seit Jahrtausenden nicht durch eine umfassende Revolution der Befreiung von allen Herrschaftsformen gebrochen werden konnte. Das Muster ist nicht neu: Krisen werden immer als Katalysatoren für repressive Regulationen der Bevölkerung genutzt, wenn eine revolutionäre Kraft nicht andere Akzente setzt. Im Angesicht der Pandemie wird eine Maschinerie der inneren Sicherheit in Gang gebracht, die davon lebt, dass alle mitmachen. Bei vielen Menschen regeln die konzerneigenen Algorithmen hinter den Apps bereits die Tagesabläufe, sind ständiger Begleiter. Nun in Zeiten von Corona also sich einschränken, sich sozial distanzieren, bei Kontakt sich (und die anderen) beobachten - und sich dieses mit der App dann irgendwann einfach machen. Gutes und verantwortungsbewusstes Gefühl inklusive, man hat etwas zur Sicherheit aller beigetragen.

Neue Unwörter tauchen auf.

Mit dem „Krieg gegen den Virus“ verändert sich auch die Sprache und das Denken. Plötzlich gibt es „systemrelevante“ Menschen. „Risikogruppen“, die sich selber isolieren sollen. „Soziale Distanz“ als Heilsbringer zum Schutz der „Risikogruppen“ und der „systemrelevanten“ Menschen, den „Helden des Alltags“. Letztere, das Pflegepersonal, die Supermarktangestellten, LKW-Fahrer_innen etc. werden zu Kämpfer_innen an der „Front“ gemacht, anstatt sie anständig zu bezahlen - während die Manager sich weiterhin ihre Boni genehmigen und Hilfsmilliarden für ihre Konzerne kassieren. Das militärmedizinische Konzept der „Triage“ stößt ins Zivile vor: die systematische Sortierung von Menschen: Wer zu retten ist und

für wen es sich nicht mehr "lohnt", wer auf dem „Schlachtfeld des Virus“ zurückgelassen werden muss. Dabei führt nicht der Virus als solcher zur Krise, sondern ein privatisiertes und profitorientiertes Gesundheitssystem führt zu dem gefürchteten Notstand in den Krankenhäusern und Pflegeheimen. In Spanien, in Italien und womöglich auch hier.

Dass jeder Mensch dem Tod schutzlos gegenüber tritt, zumal wenn er als unsichtbarer Virus auftritt und als neue Pandemie überhaupt nicht einschätzbar erscheint, schafft Ängste. Diese Ängste gilt es nicht kleinzureden. Es gilt, diese Ängste auch nicht zu überhöhen, zu etwas ganz außergewöhnlichem werden zu lassen, da wir alle eines Tages sterben werden. Doch die Urängste der Menschen vor dem Tod werden mit dieser Pandemie instrumentalisiert. Mit diesen Ängsten wird „gespielt“. Nicht die Privatisierungspolitik in den Gesundheitssystemen wird in Frage gestellt, sondern ob DU genug Abstand zum Nächsten hältst. Ob DU die Regeln einhältst. Diese Regeln werden überwacht (und teilweise auch bestraft). Und sie fördern allerorten eine der deutschesten Tugenden: den Hang zur Denunziation. Ihm gesellt sich in intellektuellen Kreisen der Vorwurf hinzu, man sei unsolidarisch, wenn man nicht den Verordnungen folge. Wenn DU diese Regeln nicht einhältst, bist DU schuld daran, wenn Menschen sterben. Mit dem Verweis auf die „Risikogruppen“ werden andere Widersprüche abgewürgt. Die „Risikogruppen“ werden ungeachtet ihrer individuellen Haltung zu einem Faktor der moralischen Erpressung, um unter Freund_innen die staatlichen und politischen Regeln unhinterfragt durchzusetzen. Mit der medizinischen Hygiene geht eine soziale Hygiene einher, die kaum schmutziges, widerständiges Denken und Debattieren zulässt.

Von daher ist wahrscheinlich:

Unsere Aktion wird als unsolidarisch bezeichnet werden von jenen, die sich auch bei anderer Gelegenheit zum Handlanger staatlicher neuer Herrschaftstechniken und des sozialen technologischen Angriffes machen – auch ohne dass sie das vielleicht wollen. Unsere Erklärung wird entweder unterschlagen und einer unsichtbaren Nachrichtensperre unterliegen oder als wirr deklariert werden.

Wir stehen dabei solidarisch im Abseits:

Wir machen diese risikoreiche Aktion nicht, um breite Zustimmung zu erringen, dazu sind die Auseinandersetzungen im konterrevolutionären Sinne zu sehr zu unseren Ungunsten polarisiert. Wir wissen um die Zustimmung eines Teils der Gesellschaft. Wir stehen an der Seite derer, die nicht bereit sind, der Zerstörung historisch und schmerzvoll erkämpfter Menschenrechte zuzusehen. Wir stehen an der Seite der Geflüchteten an den Grenzen und in den Lagern. Wir stehen an der Seite derer, die die Instrumentalisierung der Pandemie und der Ängste erkennen und gegensteuern. Wir stehen an der Seite derer, die der wachsenden Überwachung beunruhigt gegenüber stehen.

Wie digitale Zurichtung geschieht:

Die Digitalisierung des Alltags, die unter dem Kontaktverbot und der Ausgangssperre zwangsläufig um sich greift und die plötzlich keine analogen Alternativen mehr zu kennen scheint, sehen wir als eine digitale Zurichtung der Gesellschaft. Auf den ersten Blick ist es für die isolierten Menschen die einzige Möglichkeit um miteinander in Kontakt zu bleiben. Aber der Raum, in dem das stattfindet, ist kein neutraler Raum. Er ist gesteuert und überwacht. Die sozialen Subjekte, die Menschen, werden zu virtuellen Figuren, die der Algorithmus in Datensätze zerlegt und anhand geheimer Kriterien beurteilt, Werbung steuert, Fehlverhalten markiert und meldet, Untertanentum belohnt. „Soziale Distanz“ oder „Abstand ist Anstand“ sind Begriffe, als wären sie aus Huxleys „Schöne Neue Welt“ oder Orwells „1984“ entlehnt. Es sind nackt besehen Kampfbegriffe, die uns ein Eintauchen in der virtuellen Welt als umfassende soziale Handlung zuweist. Ein „Wir“ wird vorgegaukelt und dem „Wir“ wird das Netz als neuer Ort der sozialen Begegnung und der Arbeitswelt angeboten - dabei wird die bereits durch den technologischen Angriff laufende soziale Vereinzelung weiter zementiert. Hier formiert sich die aktuelle und zukünftige Beherrschbarkeit ganzer Gesellschaften über das Netz.

Onlinehandel, digitaler Schulunterricht, Online-Seminare der Unis, Videokonferenzen, Homeoffice, elektronische Patientenakten, Amazon, Zalando, Netflix, Lieferando, Kartenzahlungen, Datingportale, Videostreams und Spiele usw. sind Voraussetzungen dafür. Hier formiert sich Gesellschaft neu. Hier findet Gewöhnung statt, hier verändert sich Gesellschaft in einem Tempo, dessen Preis – die totale Manipulierbarkeit und damit Beherrschbarkeit - uns in allen Einzelheiten erst in den nächsten Jahren klar werden wird. Derzeit wird ein neues, nämlich hygienisches (nationales) „Wir“ konstruiert, um alle möglichen Maßnahmen durchzusetzen, gegen die in der Vergangenheit Vorbehalte und Widerstände existierten, wie zum Beispiel bei der Digitalisierung in den Schulen, der gläsernen Krankenkassenkarten und Patientenakten oder der Online-Bezahlungen und dem Verschwinden des Bargeldes.

Die Telekom stellt, ganz uneigennützig, cloudbasierte „Web Conferencing Services“ für Schüler_innen, Studierende und Lehrende umsonst zu Verfügung. Ähnliche Angebote gibt es passgenau auch für Unternehmen und deren Bedarf nach Homeoffice. Und für die Freizeit gibt es für die Kleinen den neuen Streamingdienst von Disney. Und zusätzlich 10 Gigabyte für das mobile Surfen obendrauf. Vorerst umsonst. Während die Telekom „Wir verbinden Deutschland“ propagiert, lautet der Schlachtruf von Vodafone „Deutschland bleibt vernetzt“. Die Angebotspalette unterscheidet sich nicht wesentlich. Aber Deutschland und das digitale Netz – das schafft Zusammenhalt. Der Coronavirus, ein Glücksfall für die Netzbetreiber: Neuer Bedarf nach schneller, breiter, mehr. Mit den aktuellen Angeboten bindet man zukünftige Kunden und generiert noch mehr Daten, auf die Firmen und Geheimdienste gleichermaßen zugreifen. So arbeitet Vodafone eng mit dem britischen Geheimdienst zusammen, der wiederum der engste Partner des amerikanischen NSA ist. Da die Menschen mehr Zeit im Netz mit sozialen Kontakten, Arbeiten und Vergnügungen zubringen, ist dies ein Fest für die Geheimdienste und Konzerne. Mehr Zugriff auf soziales Leben geht nicht. Wie viel mehr an Profit, wie viel mehr an Überwachung und Steuerung des Kaufverhaltens, der gewünschten Lebensweisen, der Früherkennung von Revolten lassen sich aus diesen Daten ableiten!

Spätestens seit Edward Snowdens Veröffentlichungen zu den weltweiten Überwachungen der NSA von Staaten und Gruppen bis hin zu einzelnen digitalen Äußerungen einzelner Menschen ist bekannt: Jede technische Möglichkeit der digitalen Überwachung und Verhaltenssteuerung wird auch genutzt. In China, in den USA, in Russland und auch in Deutschland. Die Corona-App ist ein Türöffner. Das Szenario, dass mindestens 60 Prozent der Bevölkerung in Deutschland auf eine App „freiwillig“ konditioniert werden sollen, auf einen Standard, auf eine Intention, auf eine „freiwillige“ Durchleuchtung aller privaten und öffentlichen Kontakte - das fordert unsere Sabotage geradezu heraus.

Was noch gesagt werden muss:

Wir erleben gerade eine weltweite Bürgerkriegsübung für zukünftige Krisen- und Kriegsfälle. Die Folgen dieser „Übung“ werden die Welt verändern. Die Heftigkeit der Pandemie, deren Ausbreitung und die Masse der sterbenden Menschen sind die Matrix, auf der wir in ein neues Zeitalter der Krisen als Dauerzustand eingeführt werden. Im Zweifel zählen weder Grundrechte des jeweiligen Landes (die noch nie für alle galten) noch Menschenrechte. Während Kontaktverbote und Ausgangssperren erlassen werden, wird der Zwang zur Lohnarbeit aufrechterhalten und es ins Ermessen der Unternehmer gestellt, ob sie weiter wie gehabt arbeiten lassen, sich Kurzarbeit subventionieren lassen oder die Produktion auf Profitableres umstellen. Anderswo brachen da wenigstens die Streiks los. Hierzulande endet die Pandemiebekämpfung an den Werkstoren. Am Band und sonst, wo kein Homeoffice möglich ist, sollten die Menschen solange arbeiten wie es der Profitmaximierung dient und dann schnell in ihre Familien-Waben zurückkehren, da lassen auch die Gewerkschaften nichts anderes hören. Während die Waren weiterhin frei zirkulieren und die osteuropäischen Wanderarbeiter*innen pünktlich antreten sollen, damit die Wirtschaft nicht zusammen bricht, werden Geflüchtete in Lagern gehalten - Lager, die die rasante Ausbreitung des Virus garantieren und angemessene Gesundheitsversorgung garantiert nicht gewährleisten.

Die eine Krise löst nicht nur die Nächste ab, sondern bringt Themen zum Verschwinden. Die Klimakrise verschwindet hinter Corona. Verschwunden auch die Kriege und deren Folgen. Und die Gründe für die Kriege sowieso. Ungeklärt ist, wo die 10.000 Menschen hingekommen sind, die an der Grenze zwischen Türkei und Griechenland festsaßen. Unbestraft bleibt die EU, die diese Grenzen immer mehr in Todesstreifen verwandelt. Unbeobachtet bleiben auch die Vorbereitung von Pogromen in Ungarn gegen Roma und Sinti durch Orban und die Rechten. Ohne Reaktion bleibt die Nutzung des Virus für die Etablierung autoritärer Regierungen gegen die Verfassung wie in Polen. Oder den Machterhalt des korrupten israelischen Präsidenten. Oder für die Festigung der Macht von Putin.

Spätestens jetzt sollte erkennbar sein, wann die Regierung und die Wirtschaft auf Expert_innen und die Wissenschaft vertraut und wann nicht. Warum kann eine Pandemie ein Notprogramm und weltweite einschneidende Maßnahmen auslösen, der bereits stattfindende Kollaps des Klimas aber nicht? Diese Fragestellung ist übertragbar auf alle weltweiten Missstände.

Im Falle der Zerstörung des Klimas, welches die gesamte Menschheit mindestens ebenso betrifft wie die Pandemie, wurden und werden die Mahnungen und Vorschläge der Experten im Großen und Ganzen in den Wind geschlagen. Denn gegen die Folgen der Störung des Klimas ist es mit einem Impfstoff nicht getan. Ganz anders Corona: Gesundheitsexperten finden nicht nur offene Ohren, sondern ihr medizinischer Zugang zur Pandemiebekämpfung eröffnet der Politik neue Spielräume. Eine mörderische Wirtschaftsweise, ein kriegerisches Weltsystem und eine auf die Zerstörung der Erde und der Grundlage allen Lebens hinauslaufende Fortschritts- und Wachstumsorientierung werden mit Billionen Dollars und Euros gerettet, Proteste dagegen gesundheitsamtlich verboten. Es ist das koloniale Prinzip, nach dem Menschenleben unterschiedlicher Wert beigemessen wird. Jährlich sterben 100.000 Menschen an der Malaria. Der Klimawandel tötet schon heute: Hunderte Millionen Menschen hungern oder verhungern. Milliarden Menschen haben kein Zugang zu sauberem Trinkwasser.

In diesem neuen Zeitalter müssen sich die Kräfte, die eine grundsätzliche Veränderung wollen, neu orientieren und international neu aufstellen. Eine umfassende Umwälzung und Überwindung patriarchaler, kolonialer und kapitalistischer Verhältnisse ist keine Luxusfrage, sondern existenziell.

Wir werden uns nie gewöhnen, woran wir uns gewöhnen sollen.

Vulkangruppe shut down the power / Digitale Zurichtung sabotieren

P.S.: Für einen revolutionären 1. Mai gegen Kolonialismus, Patriarchat und Nationalismus



Die "freiwillige" Corona-App

Die Bundesregierung setzt für eine schrittweise Rücknahme der Corona-Kontaktbeschränkungen auf eine breite Akzeptanz für die nach Ostern herunterladbare App zur nachträglichen Kontaktrekonstruktion Infizierter. Die (berechtigte) Angst vor dem Virus wird benutzt, um einem Großteil der Bevölkerung „freiwillig“ ein autoritär hochwirksames Werkzeug zu verabreichen.

*Wir kritisieren in diesem Artikel die technische Konstruktion der App, aber auch ihre sozial-technokratischen Konsequenzen. Selbst wenn das Protokollieren von Kontakten vollständig pseudonym erfolgen würde, müssen wir dringend vor dieser App warnen. In dem Moment, wo (sogar anonyme) Verhaltensdaten flächendeckend anfallen, sind die prädiktiven Modelle, die damit trainiert werden, dazu in der Lage, ganze Populationen in Risikogruppen einzuteilen und algorithmisch zu verwalten. Hinzu kommt, dass ein simples Software-Update die App in ein wirksames Tool zur individuellen Zugangsbeschränkung verwandelt. **Daher unser klares Nein zur Corona-App!***

Ein internationales Team bestehend aus rund 130 Wissenschaftler*innen, IT-Entwickler*innen, Datenschutzerbeauftragten und Soldat*innen arbeiten derzeit in einem Projekt mit dem Namen Pan European Privacy-Protecting Proximity Tracing (PEPP-PT) an einer Software, welche die SARS-CoV-2-Virusverbreitung einschränken soll. Beteiligt sind aus Deutschland unter anderem das Robert-Koch-Institut (RKI), das Heinrich-Hertz-Institut (HHI) und das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI). Auch der Bundesdatenschutzbeauftragte begleitet die Entwicklung und Soldat*innen der Bundeswehr helfen bei den Tests. Bis auf RKI sind sie auf der Website des Projekts nicht gelistet. Das HHI ist unter Fraunhofer subsumiert. Bislang sind Forscher*innen und Institute aus acht Ländern an der Entwicklung beteiligt: Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich, Spanien und die Schweiz.

Um die Ausbreitung einzudämmen, sollen Kontaktpersonen von Infizierten frühzeitig gewarnt werden. Wenn Menschen Symptome zeigen, dann haben sie das Virus bereits weitergegeben. Deshalb sollen nach einer positiven Diagnose alle Handybesitzer benachrichtigt werden, deren Geräte in der Nähe des Erkrankten waren. Wenn es viele einzelne Ansätze und Software-Lösungen gibt, die jeweils nur ein kleiner Teil der Bevölkerung nutzt, kann das Konzept nicht aufgehen. Deshalb soll eine gemeinsame Grundlage entstehen, die möglichst schnell eine kritische Größe erreicht. Die Rede ist von einer gemeinsamen Plattform: einer Client/Server-Referenzimplementierung, aber auch von einem Softwaregerüst auf dem Smartphone-Apps aufsetzen können. Diese Smartphone-Apps, die Nutzer*innen auf ihrem Telefon installieren, bilden einen wesentlichen Teil des Systems. In Deutschland arbeiten RKI und HHI an einer solchen Anwendung. Um Infektionsketten wirksam zu unterbrechen, streben die Forscher*innen eine Nutzer*innenbasis von etwa 60 Prozent der Bevölkerung an. In Deutschland wären das 50 Millionen Menschen. Bislang gibt es in Deutschland keine App, die nicht auf Smartphones vorinstalliert ist und bewusst heruntergeladen werden muss, die so viele Nutzer*innen hat. Allerdings könnte auch ein geringerer Anteil helfen, die Ausbreitung zumindest zu verlangsamen. Laut Bitkom besitzen 81 Prozent aller Menschen in Deutschland über 14 Jahren ein Smartphone. Normale Handys und ältere Geräte unterstützen den nötigen Bluetooth-Standard noch nicht. Insbesondere Senior*innen, für die das Virus besonders gefährlich ist, können nur zum Teil gewarnt werden. Deshalb denken die Forscher darüber nach, künftig auch Bluetooth-Armbänder oder andere Wearables zu verteilen. Einer repräsentativen Umfrage (Stand 31.03.2020) zufolge, würden mehr als 70 Prozent der Befragten so eine App auf jeden Fall oder wahrscheinlich nutzen. Die Mehrheit gibt an, den Aufforderungen der App nachkommen zu wollen und sich in Quarantäne zu begeben, sollten sie mit einer infizierten Person in Kontakt gekommen sein. Umfragen zufolge wäre ein Großteil der Bevölkerung in Deutschland bereit, einen Teil ihrer Privatsphäre aufzugeben, um das Virus zu stoppen. Die PEPP-PT-Plattform soll am 7. April fertiggestellt werden. RKI und HHI wollen die App für deutsche Nutzer *innen etwa eine Woche später veröffentlichen.

Das System soll als Gegenentwurf zu den repressiven und invasiven Ansätzen anderer Länder verstanden werden. Anstatt massenhaft sensible Standortdaten zu sammeln, Nutzer*innen zu überwachen oder Infizierte an einen digitalen Corona-Pranger zu stellen, soll PEPP-PT komplett freiwillig und datenschutzfreundlich sein. Die Betreiber versprechen, die Privatsphäre von Nutzer*innen der Software zu schützen. Die Identität der Nutzer*innen bleibt zu jedem Zeitpunkt geschützt heißt es: weder Ärzt*innen noch die Betreiber der Plattform können Einzelpersonen identifizieren. Für gute PR sorgen Zeitungen, die sogar von einer anonymen Nutzung schreiben, obwohl es sich um eine Pseudonymisierung handelt. Das PEPP-PT-Modell scheint auch nicht zu 100 Prozent Privacy-by-Design zu erfordern. Die Spezifikationen und den Quellcode gibt es laut der bisher sehr informationsarmen Webseite aktuell allerdings nur als Mitglied des Konsortiums.

Wir sagen: Code und alle Dokumente offenlegen, sonst glauben wir gar nichts. Und nicht nur irgendeine Client-Referenzimplementierung, sondern die ganze Spezifikation und den ganzen Server-Code. Full docs or shut the fuck up!

Kritik 1: Technische Details

Folgende technische Details beruhen auf den wenigen Informationen der PEPP-PT-Website und Berichten von Netzpolitik.org.

Die Apps weisen jedem Gerät eine vorübergehend gültige, authentifizierte und zufällig generierte Identifikationsnummer (ID) zu. Die temporär, zufällig erzeugte ID funktioniert als Pseudonym, welches die Identität zuverlässig schützen sollen. Sie wird in regelmäßigen Abständen geändert (die Rede ist von 30 Minuten) und sollen nicht mit dem Telefon in Verbindung gebracht werden können. Des Weiteren soll niemand im Nachhinein herausfinden können, welche Person sich hinter einem solchen Pseudonym verbirgt. Jedes PEPP-PT-Telefon (gemeint ist ein Smartphone auf dem die App installiert ist) sendet über eine kurze Entfernung mit Bluetooth-Funktechnik (Bluetooth-Low-Energy) seine aktuelle ID und scannt gleichzeitig die Umgebung und erfasst, welche anderen Smartphones mit installierter PEPP-PT-Software sich in Reichweite befinden. Wenn sich zwei Geräte näher kommen, speichern die Apps die temporäre ID des jeweils anderen Smartphones. Die Annäherung von Telefonen anderer PEPP-PT-Benutzer wird durch die Messung von Funksignalen (Bluetooth usw.) realisiert. Die Daten bleiben zunächst verschlüsselt auf dem Smartphone, niemand kann darauf zugreifen, heißt es. Aufgrund der geringen Informationen ist offen, wie das konkret kryptographisch umgesetzt wurde. Nicht jede Annäherung wird gespeichert. Nur wenn sich PEPP-PT-Telefon A über einen epidemiologisch ausreichenden Zeitraum in der Nähe von PEPP-PT-Telefon B befindet (die Rede ist von 15 Minuten in 1,5 Metern Entfernung), dann wird die aktuelle temporäre ID von Telefon B, in der verschlüsselten, lokal auf dem Telefon gespeicherten Annäherungsgeschichte (Proximity-Historie) von A gespeichert (und umgekehrt). Offen bleibt, ob die Wahl von 15 Minuten eine sinnvolle Zeitdauer ist, denn Anhusten im Bus oder im Geschäft dauert nur wenige Sekunden, Kurzgespräche 1-2 Minuten. Das reicht auch schon für die Ansteckung. Offen bleibt auch was konkret gespeichert wird. Laut PEPP-PT-Website werden keine Geolokalisierung, keine persönlichen Informationen, einzigartige Gerätekennungen wie die IMEI-Nummer des Smartphones oder andere Daten protokolliert, die eine Identifizierung des Benutzers ermöglichen würden. Weiter heißt es: Die pseudonyme Annäherungsgeschichte kann von niemandem eingesehen werden, auch nicht vom Benutzer von Telefon A. Ältere Ereignisse in der Annäherungsgeschichte werden gelöscht, wenn sie epidemiologisch unbedeutend werden.

"Wir messen nur, wie lange und wie nahe sich zwei Personen begegnet sind", sagt Thomas Wiegand, der das HHI leitet. Wo das Treffen stattgefunden habe, sei dem Virus egal. "Das sind die einzigen Informationen, die epidemiologisch von Bedeutung sind." Nach 21 Tagen werden die Daten automatisch gelöscht. Statt auf Tracking setzt PEPP-PT auf Tracing – es sollen nicht die Bewegungen von Menschen verfolgt, sondern nur ihre Kontakte nachverfolgbar werden. Auf dem Smartphone entsteht eine Liste mit IDs mit Zeitstempeln, hinter denen sich Personen verbergen, die man selbst angesteckt haben könnte, oder von denen man Viren erhalten haben könnte.

Um Fehlalarme zu reduzieren, haben die Forscher*innen alle weit verbreiteten Smartphone-Modelle untersucht und die Signalstärke der Funktechnik gemessen, da sie sich teils unterscheidet.

Soldat*innen der Bundeswehr haben geholfen, die Technik so zu kalibrieren, dass sie etwa erkennt, ob zwischen den beiden Kontaktpersonen eine Glasscheibe oder andere Hindernisse waren, die eine Übertragung des Virus verhindern. Eine zuverlässige Genauigkeit der Aussage, ob jemand innerhalb eines Radius von 1,5 Metern war oder nicht, mittels Bluetooth ist äußerst zweifelhaft.

Nutzung der Annäherungsgeschichte

In dem Fall, dass eine Benutzer*in nicht getestet wird oder negativ getestet wurde, bleibt die Annäherungsgeschichte auf dem Telefon des Benutzers verschlüsselt und kann von niemandem eingesehen oder übertragen werden. Wenn allerdings bestätigt wurde, dass die Benutzer*in von Telefon A SARS-CoV-2-positiv ist, (also in der Regel bereits an Covid-19 erkrankt ist), dann soll diese Person ihre aktuelle bis dato lokal gespeicherte ID-Liste in der Annäherungsgeschichte auf einen nationalen zentralen Server übermitteln. Das ist nicht ohne weiteres möglich. Ärzt*innen, Labore und Gesundheitsbehörden müssen die Meldung bestätigen. Es braucht also zwingend eine positive Diagnose. Dann setzen sich die Gesundheitsbehörden mit Benutzer*in A in Verbindung und stellen ihr eine TAN zur Verfügung, die sicherstellt, dass potenzielle Malware keine falschen Infektionsinformationen in das PEPP-PT-System einschleusen können. Die Schnittstelle soll verschlüsselt und geheim funktionieren, sodass die Identität der Erkrankten geschützt bleibt. Die Benutzer*in verwendet diese TAN, um freiwillig Informationen an den Server des nationalen Dienstleisters zu übermitteln, in Deutschland beispielsweise beim Robert-Koch-Institut, die die Benachrichtigung von PEPP-PT-Anwendungen ermöglichen, die in der Annäherungsgeschichte aufgezeichnet und somit potenziell infiziert sind.

Noch ist die Rede davon, dass alles freiwillig passiert. Nur falls die Nutzer*in zustimmt, erfährt der zentrale Server, mit welchen anderen temporären IDs dieses Smartphone in Kontakt war. Der soziale Druck wird ausgeblendet.

Was passiert mit den Daten auf dem Server?

Das Konsortium schreibt, da die Annäherungsgeschichte pseudonyme Identifikatoren enthält, kann der Server aus diesen IDs nicht auflösen, welche Menschen sich dahinter verbergen, er kann aber alle betroffenen Kontaktpersonen über die App benachrichtigen und auffordern, sich testen zu lassen.

Diese Benachrichtigung kann dabei ganz ohne Ansehen der Personen verschickt werden, die die Smartphones nutzen. Denn um eine Nachricht auf dem Smartphone anzeigen zu können sind keinerlei personenbezogene Daten erforderlich. Es genügt vielmehr ein sogenanntes Push-Token, eine einzigartige App-Geräte-Kennung, um über Apples oder Googles Push-Notification-Gateways eine Push-Nachricht auf das Gerät zu schicken. Dieses Push-Token wird bei der Installation der App auf dem Handy generiert. Zugleich hinterlegt die App sowohl das Push-Token als auch die temporären IDs, die sie im Laufe der Zeit aussendet, auf einem zentralen Server. Auf diese Weise können die Smartphones allein anhand von temporären IDs und Push-Tokens adressiert werden, ohne dass die Identität der Personen feststellbar wäre, die diese Smartphones bei sich tragen. Dazu ist es aber notwendig, dass zu jedem Account Push-Token und alle generierten aktuellen temporären IDs inklusive Zeitstempel, wann sie generiert wurden, auf dem Server liegen. Es muss dem Server vertrauen entgegen gebracht werden, dass er nach 21 Tagen epidemiologisch irrelevante Daten löscht – und nicht für Big-Data-Zwecke weiterhin speichert. Sobald man die das Push-Token mit Daten des Providers verknüpfen würde (Push-Token-Zuordnung zu Geräte-ID, IMEI, oder Rufnummer), wäre eine Zuordnung leicht.

Kritik 2: Auch anonym trainieren wir KI

Die PEPP-PT-App soll nicht auf personenbezogene Daten des einzelnen Individuums zugreifen. Doch die Gefahren entstehen nicht nur unmittelbar bei der digitalen Ausleuchtung Einzelner, sondern dadurch, dass die entstehende Datensammlung algorithmische Verfahren zur Bevölkerungsverwaltung ermöglicht. Pseudonymisierte Massendaten dienen zum Training künstlicher Intelligenzen (KI)z. B. im Kontextvorhersagender Analysen. In dem Moment, wo Verhaltensdaten fast flächendeckend anfallen und (sei es auch anonymisiert) erhoben werden, sind die prädiktiven Modelle, die damit trainiert werden, dazu in der Lage, ganze Populationen in Risikogruppen einzuteilen und algorithmisch zu verwalten. Datenbasierte Algorithmen können die Gesellschaft dann in unsichtbare soziale Klassen einteilen, zum Beispiel in Bezug darauf, wer aufgrund seiner Bewegungsmuster vermeintlich ein besonderes Sicherheits- oder Gesundheitsrisiko darstellt, weil das Bewegungsprofil erkennen lässt, dass jemand das Virus in besonderem Maße verbreitet hat oder wer prioritären Zugang zu knappen medizinischen Ressourcen wie Beatmungsplätzen verdient.

Algorithmische Scoring- und Entscheidungsverfahren beruhen auf einem anonymen Abgleich mit den Daten vieler anderer Individuen.

Daherkann mensch durch Weitergabe der eigenen (selbst anonymisierten oder pseudonymisierten) Daten potenziell anderen Individuen und Gruppen schaden und umgekehrt durch die Datenweitergabe anderer potenziell selbst betroffen sein. Diese Gefahr wird in der verkürzten Debatte um die PEPP-PT-App und auch schon bei der Weitergabe anonymisierter Telekom-Daten oder anonymisierter Google-Positionsdaten ausgeblendet. Sie ist auch nicht Gegenstand wirksamer datenschutzrechtlicher Bemühungen. So schützt auch die Datenschutzgrundverordnung DSGVO nicht vor der Verwendung anonymisierter Daten für prädiktive algorithmische Entscheidungen, Risikoklassifizierung (Scoring) und verhaltensbasierte Ungleichbehandlung von Individuen oder Gruppen. In diesem Sinne trägt jeder, der die PEPP-PT-App nutzt, zu solch einer Ungleichbehandlung bei.

Hier ist die Unterscheidung von anonymen und personenbezogenen Daten überholt, weil irrelevant!

Kritik 3: „Freiwilligkeit“

*"Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir zu ihrer eigenen Sicherheit und zur Sicherheit unserer Mitarbeiter*innen nur nachweislich nicht-infizierte Personen befördern können."*

So könnte die Erklärung der Deutschen Bahn an allen Automaten und Ticket-Schaltern lauten, die ihre Dienstleistung „bis zum Ende der Corona-Krise“ nur Fahrgästen mit einer modifizierten PEPP-PT-App anbietet. Die PEPP-PT-App 2.0 würde dazu (wiederum absolut freiwillig und erst bei Einwilligung durch die Nutzer*in) "auf Wunsch" **alle** Kontakt-Ereignisse direkt an den Server melden – quasi mit einer Frei-TAN. Weiterhin werden keine persönlichen Daten, also auch keine Ortsdaten aufgezeichnet. Nur wenn sich aus der Echtzeit-Auswertung aller Kontakt-Ereignisse der letzten 14 Tage *keine* Verbindung zu einer infizierten Person ergibt oder zu einer Person, die zuvor mit einer infizierten Person Kontakt hatte, leuchtet der QR-Code des elektronischen Bahntickets grün, also "*wahrscheinlich nicht infiziert*". Das bedeutet grünes Licht wahlweise bei der Fahrkartenkontrolle oder beim Betreten des Bahnhofs.

Nach dem gleichen Prinzip könnten Einkaufszentren, Konzerthallen, Stadien, ... den Zutritt oder die Bezahlung an der Kasse an die Bedingung knüpfen, ein Smartphone mit PEPP-PT-App-Status "Grün" vorzuzeigen. Das wäre eine massive Einschränkung der Bewegungsfreiheit – wer "frei" sein will, muss sich der App (und der dahinterstehenden Serverinfrastruktur) unterwerfen. Das ist vergleichbar mit einer elektronischen Fußfessel: Freigänger müssen sie tragen, oder zurück in den geschlossenen Vollzug.

Die "freiwillige" PEPP-PT-App wird damit zum Unterscheidungs-Werkzeug für individuelle soziale Teilhabe. Wer Bahn fahren will, bräuchte dann diese PEPP-PT-App 2.0. Der Staat "verordnet" diese erweiterte PEPP-PT-App nicht, er stellt sie lediglich zur Verfügung. Wirtschaftliche Akteure – in unserem Beispiel die Deutsche Bahn – würden ihre Dienstleistung nur denen anbieten, die in diese weiterführende Variante der PEPP-PT-App einwilligen. Regierung und Dienstleister würden dabei ganz im Sinne einer übergeordneten Verantwortung für das Gemeinwohl handeln. Wer will da noch meckern ...?

Auf dieser Form von "Freiwilligkeit" basieren viele der derzeit erprobten Social-Scoring-Modelle in China. Wer nicht mitmacht, oder die erforderliche Eigenschaft (gemäß App, nicht infiziert zu sein) nicht erfüllt, kann ohne Verbotsverfügung "freiwillig" vom öffentlichen Leben ausgeschlossen werden: Die PEPP-PT-App als Einübung individueller Einschluss- / Ausschluss-Mechanismen zukünftiger Soziale-Punkte-Systeme auch in Deutschland.

Ein letzter Aspekt ist, dass Daten von denen versprochen wird, dass sie vertraulich behandelt werden, immer wieder zur Strafverfolgung verwendet werden und die Diskussion wird erst aufhören, wenn die Nutzung freigegeben wurde. Wo ein Trog ist, kommen die (Bullen-)Schweine. Beispiele (wie etwa die Kennzeichenerfassung der elektronischen Maut) gibt es viele. Dazu kommt die behördliche Weigerung bei Löschung einst erhobener Daten. Aktuell müssen Personen aktiv die Daten in ihrer Annäherungsgeschichte freigeben. Aber mit einem Software-Update ist es leicht zu beheben, derart dass immer *alle* Kontakte hochgeladen werden. So entsteht zum Einen ein riesiger Heuhaufen, der für Big-Data-Zwecke nutzbar ist. Wenn immer alle Kontakt-IDs übermittelt werden (also nicht mehr nur freiwillig wenn eine Person infiziert ist), dann kann der Server auch Traces bilden und Verbindungen herstellen, wer wie oft wen trifft. In Zusammenarbeit mit den Telekommunikationsanbietern zur Auflösung von IP-Adressen könnten Strafverfolgungsbehörden, dann auflösen, wer sich hinter den IDs verbirgt.

capulcu, 5. April 2020, capulcu.blackblogs.org



Die Zeit steht nicht still – Achtsamer Protest in Zeiten von Corona und Ausnahmezustand

von: anonym am: 02.04.2020 - Berlin

Am 28.3.2020 sind wir am Kottbusser Tor zusammengekommen, um in Zeiten von Corona und Ausnahmezustand auf angepasste Art zu protestieren. Denn die Zeit steht nicht still. Zwangsräumungen, Abschottung an den Grenzen, soziale Missstände etc. gehen weiter, verschieben und verschärfen sich. Unsere politische Verantwortung bleibt bestehen. Deshalb wollen wir neue Konzepte des Aktivismus miteinander ausprobieren.

Hintergrund und Motivation

Wir sind Menschen verschiedenen Alters, mit und ohne Vorerkrankungen, aus Risiko und nicht-Risiko-Gruppen. Wir sind Menschen aus verschiedenen politischen Kontexten und mit verschiedenen politischen Schwerpunkten, die neben ihrer sozialen Verantwortung gesundheitlich aufeinander Acht zu geben, auch die Verantwortung sehen, auf politische Missstände (u.a. zu dem Thema "Gesundheit für alle") aufmerksam zu machen. Während derzeit "Social Distancing" als wichtigste Form der sozialen Verantwortungsübernahme gewertet wird, denken wir, dass es weiterhin Protest auf der Straße braucht. Wir wollen unsere politische Verantwortung nicht abgeben, sondern sie weiterhin wahrnehmen – gerade in unsicheren Zeiten wie diesen.

Regierungen drücken derzeit innerhalb weniger Tage neue Maßnahmen durch, welche Grundgesetze aushebeln. Dazu gehören Kontakt- und Ausgangssperren, Überwachungsmaßnahmen, Grenzschließungen und Versammlungsverbote. Repression nimmt durch Präsenz, Kontrollen und Anzeigen durch Polizei zu. Lockerung des Datenschutzes, Kurzarbeit und Kündigungen sind nur einige der Folgen. Immer mehr Menschen sind von Armut betroffen und wissen nicht wie sie Ihre Miete bezahlen sollen. Doch Quarantäne "zu Hause" und Hamstereinkäufe können sich nicht alle Menschen leisten bzw. haben keinen Zugang dazu. Viele Menschen haben dieses "zu Hause" nicht, genauso wenig eine Krankenversicherung. Das Gesundheitssystem innerhalb der kapitalistischen Ordnung hat Profit anstatt dem Wohl und der Gesundheit aller als Ziel. Aktuell sehen wir, dass diese Ordnung in Dynamiken gerät, deren Verlauf in alle Richtungen gehen kann und diejenigen, die sich nicht in ihren warmen Wohnungen isolieren können oder für die "zu Hause" keine Sicherheit darstellt, trifft es umso härter. Häusliche Gewalt nimmt zu und schutzbedürftige Frauen* können der Gewalt schwerer entkommen, Beratungen und Frauen*häuser werden immer rarer. Menschen in Knästen und Altersheimen werden isoliert, Notunterkünfte geschlossen. Zahlreiche Sammelunterkünfte werden nach außen hin abgeriegelt und sich selbst überlassen - ohne medizinische Versorgung, ausreichend sanitäre und hygienische Ausstattung. Gleiches gilt für die Lager an den Außengrenzen Europas. Und während Menschen an diesen Grenzen durch Polizei- und Militäreinsätze sterben, wurde und wird aus Deutschland weiterhin abgeschoben, Resettlementverfahren ausgesetzt, Asylverfahren auf vielen Ebenen erschwert.

Die genannten Beispiele zeigen, dass neben medizinisch notwendigen auch unnötige, menschenverachtende und politisch motivierte Maßnahmen durchgesetzt werden. Und sie zeigen, dass es dabei nicht um Gesundheit und "Sicherheit" aller, sondern die einiger weniger geht. Darauf gilt es aufmerksam zu machen!

Für uns gibt es keine individuellen Lösungen in der Vereinzelung. Wir sehen unsere soziale und politische Verantwortung nicht vorrangig im physischen uns Distanzieren und die Füße stillhalten. Dem wollen wir entgegengetreten und neue kreative Arten des Zusammenkommens und Aktivwerdens ausprobieren. Wir wollen weiter auf die Straße gehen, denn Protest lässt sich nicht auf den digitalen Raum auslagern! Dabei achten wir auf unsere Gesundheit und die von anderen. Wir wünschen uns Gesundheit und Gesundheitsversorgung für alle Menschen. Doch wir wünschen uns auch Freiheit für alle.

Aktion

Am Samstag kamen wir allein oder zu zweit am Kottbusser Tor zusammen, um unseren aktuellen und diversen politischen Anliegen Ausdruck zu verleihen. Dazu gehörten unter anderem die Forderungen zum Ende des Mietenwahnsinns und die Vergesellschaftung von Wohnraum, die sofortige Auflösung der skandalösen Lager für Geflüchtete auf den griechischen Inseln, die Schaffung sicherer Fluchtwege nach Europa, die Beschlagnahmung von leerstehendem Wohnraum für Obdachlose, eine bessere Bezahlung für Pflegekräfte, ein Ende rassistischer Polizeikontrollen und der Erhalt bedrohter alternativer Projekte.

Die Aktion war so geplant, dass -vor dem Hintergrund der aktuellen Corona-Pandemie- das Infektionsrisiko ausgeschlossen bzw. minimiert werden sollte. Wir riefen dazu auf, dass Menschen alleine oder zu zweit kommen, mindestens 2 m Abstand zueinander halten sollten und Schutzmasken und Sonnenbrillen tragen sollten. Diese Maßnahmen sollten auch der Unkenntlichmachung der Personen dienen. Menschen konnten Transparente, Schilder, Megaphone und Lautsprecherboxen mitbringen. Das Zeitfenster legten wir auf 30 min (14-14.30 Uhr) fest. Die Mobilisierung geschah nur über Mundpropaganda und über Signalnachrichten an Einzelpersonen.

Pünktlich um 14 Uhr begannen etwa 200 Menschen sich rund um das Kottbusser Tor auf den zahlreichen Flächen zu verteilen. Einige der Kleingruppen gingen auf die Straße und blockierten somit den Verkehr. Ab etwa 14:15 Uhr wurde ein Polizeiaufgebot zusammengezogen. Die Bullen brauchten einige Zeit sich einen Überblick über die Situation zu verschaffen. Sie fingen zunächst an Beteiligte der Protestaktion zu filmen und drängten sie anschließend durch verbale Aufforderungen auf einen kleinen Bereich zwischen Kottbusser Damm und Reichenberger Straße zusammen. Dort erfolgte die Durchsage, dass die Demonstrierenden gegen das Infektionsschutzgesetz verstießen und sich somit strafbar machten. Gegen 14:30 Uhr verließen die Kleingruppen in alle Richtungen das Kottbusser Tor.

Im Anschluß an die Protestaktion wurden mindestens 9 Menschen in nah und fern gelegenen Seitenstraßen von den Bullen gestoppt. Nachdem sie sich bis zu einer Stunde im Polizeigewahrsam befanden, wurde ihnen mitgeteilt, dass gegen sie ein Strafverfahren wegen Verstoß gegen das Infektionsschutzgesetz und der Teilnahme an einer verbotenen Versammlung eingeleitet worden sei. Teilweise wurden die Festgehaltenen durchsucht und durch extra herbeigeschaffte Polizeifotografen unter Androhung von Zwangsmitteln fotografiert.

Sowohl während der Polizeimaßnahmen am Kottbusser Tor als auch bei den darauf folgenden polizeilichen Zwangsmaßnahmen gegen Einzelne gingen (größtenteils nicht einmal mit Mund- und Nasenschutz versehene) Polizeieinheiten immer wieder bewusst in direkten körperlichen Kontakt mit den Demonstrierenden. Ihre Forderungen nach Abstand wurden konsequent ignoriert.

Auswertung der Aktion

Die Aktion am Samstag war ein Versuch dazu, wie wir in der aktuellen Situation unseren Protest und Widerstand weiter auf die Straße tragen können. Deswegen finden wir es wichtig, die Aktion auszuwerten und einen Austausch darüber zu schaffen, was gerade gute Strategien und Konzepte sein können und was wir verbessern könnten.

Auch wenn wir Kritikpunkte haben, glauben wir, dass die Aktion sehr erfolgreich war. Es waren viele Menschen da, welche sich über einen kurzen Zeitraum hatten mobilisieren lassen. Wir haben viel Eigeninitiative der einzelnen Gruppen gesehen z.B. durch zahlreiche kreative Banner und Schilder. Wir hatten das Gefühl, dass alle Beteiligten aktiv Verantwortung für die Aktion übernahmen. Die mitgebrachten Anliegen und Forderungen waren divers und es kamen Menschen aus verschiedensten Kontexten zusammen. Eine für uns positiv überraschende Feststellung war, dass das Konzept pünktlich um 14 Uhr anzufangen, super aufging. Direkt am Anfang haben alle sich rund um den Kreisverkehr verteilt. Die Demonstrierenden, von denen viele einen Mund-, Nasen- und Augenschutz trugen, hielten ausreichend Abstand zueinander.

Als die Bullen kamen, blieben die Menschen und die Cops waren offensichtlich mit der Situation überfordert. Da sie erst 15 min nach Anfang eintrafen, ist davon auszugehen, dass sie nichts im Vorhinein von der Aktion mitbekommen hatten. Sie brauchten ein paar Minuten, um sich eine Übersicht zu verschaffen und wirkten zunächst relativ hilflos. Wir sahen, dass sie Bedenken zum Körperkontakt mit den Demonstrierenden hatten, was eventuell neue Möglichkeiten eröffnet.

Den Bullen gelang es unter Aufforderung eine große Gruppe von Menschen auf die Fläche bei der Reichenbergerstr. zu drängen. Als Grund dafür sehen unter anderem, dass Menschen die Vereinzelung bei Protestaktionen nicht gewöhnt sind und es schwieriger sein kann alleine oder zu zweit den Bullen stand zu halten. Durch diese zusammengedrückte Situation, war es für die Cops leichter die Übersicht wiederzukommen, doch auch das Konzept der Aktion zur Vermeidung von Infektionen ist nicht mehr aufgegangen. Selbstkritisch denken wir, dass es besser gewesen wäre die Aktion zu dem Zeitpunkt zu beenden, als das Konzept der Bullen aufzugehen schien. Denn ein Ziel war wirklich die Vermeidung der körperlichen Nähe und somit des Infektionsrisikos. Ebenfalls wären vielleicht die Kontrollen Einzelner im Nachhinein nicht möglich gewesen.

Wir hatten viel Spaß letzten Samstag, freuen uns über mehr kreativen und angepassten Widerstand. Lasst uns zusammen neue Aktionsformen ausprobieren :)

Weitere Aktionen folgten: Am 4.4. gab es eine Fahrraddemo im Treptower Park bei gutem Wetter. Schwerpunkt war das Thema Rassismus und Geflüchtete aufgrund des Aktionstags der Seebrücke-Struktur am Brandenburger Tor am folgenden Tag. Es nahmen insgesamt ca. 40 Leute teil. Viele rufen Sprüche, sind laut und werden viel wahrgenommen. Einige positive Reaktionen der Parkbesucher_innen, Daumen hoch und bei manchen sogar ein Mitrufen der Parolen. Wenige wütende ablehnende Zurufe, sinngemäß: es herrscht Corona, wie könnt ihr nur! Selten bekommt eine Demo in Berlin soviel Aufmerksamkeit wie gerade zu Corona- Zeiten, aber leider sind viele der mitgeführten Transpis und Pappschilder beim Vorbeifahren schlecht zu lesen.

Nach ca. einer halben Stunde verließen die Leute den Park. Eine Bullenkarre setzt sich hinter die Demo, kurz danach fährt auch eine zweite Karre seitlich daneben her. So wird kurze Zeit geradelt, von den Bullen passiert außer dieser Begleitung erstmal nichts. In den Görlitzer Park können sie nicht folgen, beim Rausfahren sind mehrere Bullenwagen da und verfolgen die Demo bis zur Hasenheide. Auch ein Bullenhubschrauber ist in der Luft. Im Park zerstreute sich alles.

Am 5.4. gab es einen Autokorso mit 20 Wagen. Die Fahrenden wurden allerdings festgesetzt, Personalien wurden aufgenommen.

Am Samstag 11.4. gab es zwei Flashmobs. Ca. 30 Leute am Leopoldplatz. Die Gruppe stellt sich sichtbar zur Müllerstraße, sichtbar für Fußgänger_innen und Autos. Demonstrierende stehen weiträumig auf dem Platz verteilt mit Transpis/Schildern mit verschiedensten Inhalten. Nach ca. 15 Minuten fahren mehrere Bullenwannen vor. Flashmob löst sich auf, doch einige werden von den Bullen zur Müllerstraße abgedrängt, ihre Personalien werden festgestellt und sie bekommen eine Anzeige wegen Verstoß gegen die Corona Auflagen und Teilnahme an einer nicht genehmigten Versammlung.

Etwas später strömen Leute mit Transpis und Schildern in den Park am Gleisdreieck auf die große Liegewiese, stellen sich wieder weiträumig verteilt mit Schildern und Transpis auf und rufen Sprüche. Die Aufmerksamkeit der Parkbesucher_innen ist zuerst ziemlich groß. Keine Bullen weit und breit. Nach etwa 20 Minuten löst sich alles ungestört auf.



Autonome Leibesertüchtigung



Investa Sabotieren

von: anonym am: 21.04.2020 - Berlin

Wir haben das Hauptbüro der Immobilienfirma Investa angegriffen. Investa und das Land Berlin sind für die Räumung des SabotGarden verantwortlich. Ein Beitrag zu den geforderten 5 Mio. Sachschaden!

Investa Sabotieren! Solidarity with SabotGarden!

Am 18.04. haben wir das Hauptbüro der Immobilienfirma Investa angegriffen. Investa ist, neben dem Land Berlin, hauptverantwortlich für die Räumung des Wageplatzes SabotGarden. Und damit schuld, dass es ein linkes Projekt weniger gibt. Ein Projekt, das die Utopie gemeinsamen Lebens und Wohnens für einen "bunt gemischten Haufen an Menschen" tatsächlich für eine hartnäckig lange Zeit möglich machte. Danke an den SabotGarden!

Kein Danke an Investa - dafür, dass die Menschen nun während dieser medizinischen und gesellschaftlichen Krise obdachlos sind. Was geht, ihr Arschlöcher!?

Damit wollen wir dazu beitragen, die von den Ex-Bewohner*innen des SabotGardens geforderten 5 Mio. Euro Schadensersatz zu erreichen. <https://de.indymedia.org/node/76428> Falls sich mal wer von euch Investa-Knautschen hier auf Indy verirrt und das liest: Könntet ihr irgendwo ansagen, wie viel euch die Beseitigung der Farbe kostet? Damit wir nicht den Überblick verlieren.

Nun nach dem Sabot Garden soll dem nächsten linken Projekt an den Kragen. Der Gerichtsprozess der Liebig34 (30.04.2020, 9:30 Uhr Landgericht Tiergarten, Turmstraße 91) ist immer noch nicht abgesagt. Das ist eine absolute Schweinerei. Wir rufen dazu auf, zum Prozesstermin zu kommen und Lärm zu machen. Das geht schließlich auch mit Atemmaske und Sicherheitsabstand.

Die Häuser denen, die drin wohnen!

Die Wagenplätze denen, die drauf stehen!

Freut euch auf die nächsten Aktionen.

Eure Fassaden werden bunt, eure Gläser werden klirren und eure Autos... na, ihr wisst schon!

Ein grimmiges Ätch!!!

ANALOGES UPDATE ZUR LIEBIG34: DER PROZESS IST VERSCHOBEN AUF JUNI! Bis dahin heißt es nicht nur #stayhome, sondern auch #aufdieStraße!!! Der Prozess soll abgesagt werden und das Haus den Nutzer*innen übergeben werden!

Sprühen gegen die Bundeswehr im Inneren

von: anonym am: 20.04.2020 Stuttgart

Um gegen die Fortschreitende Militarisierung und gegen den Drohenden Einsatz der Bundeswehr im Inneren zu protestieren, nahmen einige AktivistInnen Dosen und Sprühschablonen in die Hand und prägten ,dass Stadtbild antimilitaristisch.Im Zuge der Corona Krise erhält die Bundeswehr immer mehr Befugnisse. Momentan ist die Bundeswehr nur als Amtshilfe eingesetzt. Doch schon jetzt gibt es Pläne über 10.000 Soldaten im inneren einzusetzen.

Um gegen die Fortschreitende Militarisierung und gegen den drohenden Einsatz der Bundeswehr im Inneren zu protestieren, nahmen einige AktivistInnen Dosen und Sprühschablonen in die Hand und prägten ,dass Stadtbild antimilitaristisch.

Schon die letzten Jahre wurde mit Blick auf die sich abzeichnende Wirtschaftskrise, die Militarisierung der Gesellschaft vorangetrieben. In den letzten Jahren wurde massiv Geld in die Bundeswehr investiert, anstatt den Katastrophenschutz auszubauen. Durch Werbekampagnen und Messeauftritte wurde versucht die Präsenz der Bundeswehr in der Öffentlichkeit zu normalisieren.

Coroan wirkt wie ein Brandbeschleuniger auf die momentane Wirtschaftskrise. Solche Krisen sind oft geprägt von sozialen Kämpfen. Um diese Kämpfe zu unterbinden setzt der Staat nun alle Mittel in Bewegung. Unter dem Vorwand des Infektionsschutz wurde schon die Versammlungsfreiheit massiv eingeschränkt und die weitergabe von Sensiblen Daten ausgeweitet. Auch die Bundeswehr ist Teil des staatlichen Unterdrückungsapparates. Schon seit Jahren trainiert sie im Gefechtsübungszentrum (GÜZ) die Aufstandsbekämpfung

Wenn die Bundeswehr im Inneren eingesetzt wird, dann nicht zum Schutz unserer Gesundheit sondern dafür, dass die Bonzen sicher vor Umverteilungskämpfen von unten sind.

Deshalb sagen wir nein zur weiteren Beschneidung unserer Freiheitsrechte und nein zum Einsatz der Bundeswehr im Inneren.

Knastprofiteure angezündet

von: anonym am: 22.04.2020 Berlin

Praktische Solidarität mit den Angeklagten der Prozesse in Hamburg und den rebellierenden Gefangenen
Die Verfahren wegen G20 in Hamburg gehen weiter, das Parkbank Verfahren geht weiter. Knisternd brennen in Berliner Corona Nächten die Fahrzeuge der Knastprofiteure. Das ist nur das Mindeste was zu tun ist, angesichts der Aufstände der letzten Wochen in vielen Knästen weltweit:

9. März, Aufstände in 27 italienischen Knästen, mindestens acht Gefangene getötet, davon sechs in Modena.

Mitte März, Unruhen in mehreren spanischen Knästen, u.a. in Brians.

19. März, Aufstand im Knast von Santiago/Chile.

Seit 21. März, Aufstände in 13 columbianischen Knästen, 23 Gefangene getötet, zahlreiche Ausbrüche.

23. März, Ausbruch von 9 Gefangenen im Frauenknast von South Dakota, USA.

Ende März, Anfang April, massive Revolten und Ausbrüche in iranischen Knästen.

6. April, Meuterei im Knast von Córdoba, Argentinien.

Ausschreitungen im Knast von Qoubbeh, in Tripoli/Libanon.

9. April, Meuterei in Irkutsk, Russland.

Mitte April, Streik im Knast von Korydallos, Rebellion im Frauenknast von Eleonas, Griechenland.

Am 18. April brannte ein Transporter von GA tec am Falkplatz in Prenzlauer Berg und drei Tage später einer Fahrzeug von Eurovia Vinci am Bahnhof in Lichtenberg, GA tec gehört zum sodexo Konsortium, betreibt Privatknäste in England und ist in Deutschland Teil der Abschiebeindustrie. Eurovia Vinci baut Knäste sowie andere menschenfeindliche Projekte und betreibt mit Toll-Collect eine private Überwachungsagentur. Beide Firmen werden regelmäßig weltweit angegriffen und bieten sich daher als nachhaltiges Angriffsziel an.

Anonyme Autor*innen haben in dem Papier „Ein paar stadtpolitische Gedanken in Zeiten des technologischen Angriffs“ – Autonomes Blättchen #40, richtig erkannt, dass die unterschiedlichen Städte im Wettbewerb um Standorte neuer Technologien und entsprechendem Image zueinander stehen. Weiterhin wollen sie das weitere taktische Vorgehen bestimmen und schlagen vor, den Widerstand auf einzelne Akteur*innen zu fokussieren. Konkret soll es gegen Tesla, Google, Zalando und Amazon gehen. Eine Stärke der Kampagne gegen DHL war, dass die Fahrzeuge überall herum stehen. Auch im Vorfeld von Castor Transporten war es easy DB und Vattenfall Fahrzeuge zu ernten. Die Schwäche militanter Kampagnen war schon immer ihr schleichendes Ende, bevor der Gegner in die Knie geht; mit wenigen Ausnahmen (NOlympia 1993 oder Frank Henkel 2016). Kampagnen laufen aus, weil die Ziele knapp werden, weil andere Themen wichtiger werden oder weil es zu riskant erscheint.

Mit der Tech- Industrie als primäres Interventionsfeld sind die Grenzen militanter Kleingruppen schnell erreicht, die der offenen Gruppen nicht. Die Ergänzung verschiedener Widerstandsebenen benötigt selbstbewusste offene Strukturen, die sich nicht von Angriffen distanzieren. Und die Bereitschaft zu einer kontinuierlichen aber asymmetrischen Praxis der klandestinen Zusammenhänge. Projekte wie die Berliner Liste vor einigen Jahren, lassen sich endlos fortschreiben und sind immer aktuell. Die Kunst besteht darin, sich weder durch Beliebigkeit bei der Auswahl der Ziele zu verzetteln bzw. wie es der o.g. Text bezeichnet, nicht zielführend zu sein, noch berechenbar zu werden.

Das Image der Stadt Berlin leidet darunter, wenn Firmen ihren Mitarbeiter*innen die Fahrzeuge nicht mit nach Hause geben können. Unsicherheit ist unser Faktor. Viele Funken erhöhen die Chance auf einen Steppenbrand. Die Tech- Industrie bleibt nur virtuell ohne die Firmen, die ihre Tempel bauen, sie bewachen, die Überflüssigen aussondern. Somit geht unser Vorschlag von einem leicht nachmachbaren Störfeuer auf die ganze Breite der stadtpolitischen Akteur*innen aus, nach für sie unvorhersehbaren Bestimmungen alles anzugreifen, was zum Funktionieren ihrer Art von Stadt notwendig ist.

Freiheit und Glück den Gefangenen – Verwesung den Profiteuren der Knastgesellschaft!

Autonome Gruppen

Farbe und kaputte Scheiben bei Start-up Factory

Berlin, 6. März 2020

Seit heute Nacht klaffen wieder Löcher in den Scheiben der Start-Up Factory in Berlin Treptow und die Fassade hat einen neuen Teilanstrich. Auch ihre Secus – rund um die Uhr angestellt um die nicht so smarte Nachbarschaft und den Pöbel fernzuhalten – konnten dies nicht verhindern.

Die „Factory Berlin“ soll nach den Vorstellungen ihres Geldgebers und Geschäftsführers Udo Schloemer als „Business-Club“ fungieren, „dessen Aufgabe es ist, Akteure aus Konzernen und Unternehmen mit Start-Ups zusammenzubringen.“ Ob sich dieses Projekt in naher Zukunft finanziell für ihn lohnen wird bleibt ungewiss, aber offensichtlich ist Udo gern vorne mit dabei wenn überkoffeinierte Mittzwanziger irgendwas über „disruptive Blockchaintechologie“ fabulieren.

Dass Orte wie die Factory, ein Google-Campus oder aktuell der geplante Amazon-Tower die Dynamiken der Stadtumstrukturierung beschleunigen und über kurz oder lang Leute verdrängen, wurde bereits oft beschrieben. Ebenso haben Gefährt*innen in zahlreichen klugen Texten dargelegt, wie derlei Unternehmen als Propheten einer Ideologie der Digitalisierung und Smartifizierung – sofern sie erfolgreich sind – zukünftig ein Leben in Freiheit, Autonomie und Selbstorganisation (oder auch nur die Hoffnung darauf) verunmöglichen könnten.

Wir wollen daher hier nicht erneut darauf eingehen, sondern die Gelegenheit nutzen, einige Worte zu den anstehenden Räumungen in Berlin zu sagen.

Militante Praxis braucht Organisation – Organisation braucht militante Praxis

Die nun teils jahrelang andauernde Räumungsbedrohung für verschiedenste Projekte und Häuser in unserer Stadt hat sich als Grundlage erwiesen, wieder mehr Austausch und Zusammenkommen unterschiedlicher Spektren anzuregen. Besonders die letzten Monate waren von wachsenden Vernetzungsbemühungen geprägt. Ein Unterfangen, das wahrscheinlich oft anstrengend aber letztlich unerlässlich ist und auch bleiben wird. Sichtbarer Effekt sind eine Reihe von Kundgebungen, Veranstaltungen, Demonstrationen und Aktionen. Teils in Formen, die erst durch die Verknüpfung von vorher getrennt arbeitenden Spektren möglich wurden und ganz unterschiedliche Zielgruppen in den Blick nehmen.

Diese Entwicklung birgt einiges an Potential für die kommenden Kämpfe, wenn sie auch in diesem Sinne verstanden wird. Trotz einiger Aktionen (nein, wir meinen damit nicht nur Sachschaden), bleibt derzeit aber die militante Praxis zu diesem Themenfeld hinter den Möglichkeiten einer strukturell breit getragen Anti-Räumungs-Kapagne zurück.

Dies könnte natürlich daran liegen, dass die schon in den letzten Jahren bestehenden militanten Zusammenhänge einzelnen bedrohten Projekten und ihrer Politik nichts abgewinnen können. Dann würde es aber verwundern, dass diese Kritik bisher nicht auch in Texten und Erklärungen kundgetan wird.

Unabhängig dessen wollen wir jedoch dafür plädieren, dass auch notwendige Kritik uns nicht daran hindert, eigene Ideen und Mittel in die aktuelle Gemengelage zu werfen. In einer Zeit in der aus den unterschiedlichsten Ecken dieser Stadt Leute zusammenfinden, diskutieren, planen und sich verschwören, wo neue und junge Menschen auf schon lange Dabeigewesene treffen, können wir es uns nicht leisten, einfach nur zuzusehen und keine eigenen Impulse zu setzen. Wenn wir es wollen können unsere Aktionen hier

von einem breiteren Umfeld wahrgenommen und diskutiert werden, als dies vielleicht sonst zu erwarten wäre. Die Räumungsfrage wird zwangsläufig auf eine Konfrontation hinauslaufen. Es ist auch an uns zu entscheiden, ob aus dieser Konfrontation neue Bewegungslinien und Social-Media-Aktivist*innen hervorgehen oder wir einige neue Gefährt*innen auf dem Weg der direkten Aktion und offenen Feindschaft mit dem Bestehenden begrüßen können.

Doch auch Vernetzungsbemühungen, sei es nun ein Häuserplenum oder eine Stadtteilini, haben ohne militante Praxis einiges zu verlieren. All die Plena und Orga-Aufgaben drohen angesichts von Gerichtsurteilen und Politikgeschwafel in der Bedeutungslosigkeit zu enden, wenn eine Organisation nicht auch militant unterstützt und bestenfalls abgesichert ist. Das ist erstmal keine Kritik an denen die die Vernetzungsarbeit tragen, aus eigener Erfahrung wissen wir, dass sich einige Leute derzeit wahrscheinlich sprichwörtlich den Arsch aufreißen um all die nötigen Dinge zu organisieren. Gleichzeitig werden wir aber kein Stück vorankommen wenn alle Arbeit an ein paar Wenige delegiert bleibt und der Rest sich damit begnügt, schlicht bei den so vorbereiteten Events teilzunehmen. Wir werden auch nicht vorankommen, wenn wie schon viel zu oft in vergleichbaren Situationen sich ein weiteres Mal die Tendenz durchsetzt, hoffnungsvoll und bittend an Stadtpolitiker*innen heranzutreten. Ob durchgesetzte Bebauungspläne für die Rummelsburger Bucht, leere Versprechungen an Potse und Drugstore oder Hintertür-Befriedungsversuche rund um die Liebig 34, all dies zeigt, dass wir uns nicht mit jenen einlassen sollten, die aus machtpolitischen und systemstabilisierenden Gründen letzten Endes die Interessen der Eigentümer*innen durchsetzen müssen und werden. Ganz egal wie idealistisch sie im persönlichen Gespräch daherkommen mögen.

Um im Falle einer durchgesetzten Räumung eben nicht nur ausgelaugt und frustriert dazustehen, müssen militante Aktionen eine Perspektive eröffnen, die es erlaubt, Erfahrungen der Selbstermächtigung zu sammeln und eine offensive Solidarität zu entwickeln. Eine Perspektive, die uns auch dann noch stärken kann, wenn das Haus oder der Jugendklub schon lange zerstört ist und nicht auf die Zugeständnisse anderer angewiesen ist.

So etwas wird nicht am Tag X aus dem Nichts entstehen und auch Eigentümer*innen, Senat und die Bullen könnten bereits jetzt ein bisschen mehr Stress vertragen, wenn sie sich aufmachen unsere Räume zu zerstören. Das Syndikat hat bereits einen Termin für den ersten Räumungsversuch am 17.04.

Wir wollen also uns und auch alle anderen ermutigen, ob erfahren oder nicht, wieder mehr in die Waagschale zu werfen und Berlin die Konfrontation zu bescheren, die es in den nächsten Monaten verdient.

Solidarität heißt Angriff!

Bitte umgehend der Chefredaktion vorlegen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir, die MillitantE Zelle als Teil des Kollektivs der Revolutionären AktionsZellen (RAZ), erklären hiermit:

Nachdem wir uns bereits im Januar an die umweltpolitischen Sprecher der Bundestagsfraktionen sowie dem Umweltbundesamt gewendet haben, informieren wir Sie heute, dass wir den beiliegenden Brief mit einem kleinen Molotowset zum Selberbauen an die Leiter

des Bundesamtes für Justiz,
des Justizministeriums,
des Bundesverfassungsgerichtes,
des Bundesarbeitsgerichtes und
des Bundesverwaltungsgerichtes

per Briefpost versandt haben.

Wir möchten damit klarmachen, dass dieses kleine Geschenk nur als Vorbote zu sehen ist, und wir durchaus in der Lage sind, größere Sachen herzustellen und wirkungsvoll einzusetzen.

Wir sollten daran denken, dass in Deutschland mehr Menschen zu Tode kamen, weil sie sich an Gesetze hielten, als diese zu brechen.

Auch wollen wir deutlich machen, dass sich die deutsche Justiz auch seit 1945 in den Bereichen Wirtschaft, Umwelt, Neofaschismus, Gentrifizierung mehr als schuldig gemacht hat.

Wir wollen eine freie Gesellschaft von freien Menschen in freien Vereinbarungen ohne Paragraphen, Knästen, Repression und juristischen Amtsdünkel. Wir fordern daher eine umgehende Zerschlagung des Justizapparates und setzen mit unserem Geschenk eine erste deutliche Warnung für diese unsere Forderungen.

Unsere Forderungen sind sehr ernst gemeint und wir wollen nicht, dass es zu weiteren Schritten, wie es beispielsweise bei dem Generalbundesanwalt Siegfried Buback oder dem Präsidenten des Berliner Kammergerichtes Günter von Drenkmann kommen musste.

Daher gibt es für uns auch keine Kompromisse und es ist wichtig, dass "Alles, was der Feind bekämpft, müssen wir unterstützen; alles, was der Feind unterstützt, müssen wir bekämpfen.", wie Mao Zedong schon im Jahre 1939 festgehalten hat.

Mit besten Grüßen - und nicht vergessen:

Bilden wir viele

Revolutionäre AktionsZellen (RAZ) und MillitantE Zelle(n) (MIEZE)

"IM NAMEN DES VOLKES"

(*siehe untenstehender Vermerk)

Guten Tag,

Die MillitantE Zelle (MIEZE) als Teil des Kollektivs der Revolutionäre AktionsZellen (RAZ) wenden uns heute an Sie. Nachdem wir bereits Ende des letzten Jahres an alle umweltpolitischen Sprecher der Bundestagsfraktionen, dem "grünen" Ministerpräsidenten Kretschmann, sowie dem Umweltbundesamt ein nachträgliches Weihnachtsgeschenk geschickt haben, erhalten Sie heute von uns ebenfalls ein kleines Präsent.

Dieses Präsent enthält Benzin, einen Grillanzünder und Streichhölzer. Mit diesem lässt sich ohne Probleme ein Brandsatz der Marke "Nobelkarosentod" herstellen. Wir denken, dass Sie formal intelligent genug sind, um zu wissen, wie Sie sich aus diesem Zubehör ein flammendes Geschenk - auch Molly genannt - basteln können.

Wir sind selbstverständlich auch in der Lage, diese Brandsätze in größerer Ausführung herzustellen und gegebenenfalls in Ihrem Umfeld wirkungsvoll einzusetzen. Ein feuriges Lichtspektakel wird unausweichlich sein und Ihr Umfeld wird unschädlich und handlungsunfähig gemacht.

Sie als Vertreter der Justiz tragen eine erhebliche Mitschuld an der Verfolgung und Unterdrückung politisch Andersdenkender. Sie treffen Entscheidungen nach überwiegend ökonomischen Interessen und/oder Sympathien, verdeckter Repression, Schaffung von Zwängen, Normierungen mit repräsentativer Gewalt, Behördenwillkür, sowie Zwangspsychiatrie und Knäste. Sie pochen auf Paragraphen, Verordnungen und dem "es ist halt so". Sie verstecken sich hinter überholten Konventionen und Moralvorstellungen und dulden Gewalt von Bullen, Nazis und deren Helfershelfern.

Sind denn deutsche Urteile wirklich "Im Namen des Volkes" gesprochen worden, wenn beispielsweise Bundesrichter lediglich vom Bundestag in ihr Amt gesetzt werden?

Denken Sie an Peter Müller, dem ehemaligen CDU-Ministerpräsidenten des Saarlandes und heutigen Bundesverfassungsrichter. Wo ist da dann das Volk? Wo ist da das Mitspracherecht der BürgerInnen? Wo entscheidet "das Volk"?

"Im Namen des Volkes" wurden auch in den Jahren 1933 bis 1945 Menschen, die ihrem Gewissen und ihrer Moral folgten und sich gegen den Faschismus widersetzen, brutal behandelt und schließlich ermordet.

"Im Namen des Volkes" werden revolutionäre Menschen, die ebenfalls um die Freiheit und Gerechtigkeit kämpfen, in Schauprozessen mit Berufsverbote, Isolationshaft, faschistoiden Knastmethoden und sozialer Ächtung bestraft. Auch wurden in der angeblich demokratischen Bundesrepublik Deutschland politische Gefangene ermordet. Hierbei denken wir bewusst an Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof, Jan Carl Raspe und weitere. Andere, wie unsere Genossin Alexandra Kiss, wurden in den Suizid getrieben.

In Knästen werden die "Gefangenen" zu Zwangsarbeiten bei minimalster Bezahlung herangezogen, es gibt keinen Erwerb von Rentenansprüchen. Sie werden vom Personal psychisch unter Druck gesetzt und gebrochen. Ebenso wird jedes kritische politische oder gewerkschaftliche Engagement unterbunden und drakonisch bestraft.

Es wird versucht, kritische Gefangene zum Beispiel mit Nahrungsmittel- oder Schlafentzug gefügig zu machen.

Wenn das alles im Namen Ihres Volkes ist, dann schießen wir auf diesen Volksbegriff!
Denn in unserem Namen sind diese Foltermethoden nicht!

Hier vertreten wir einen klaren abolitionistischen Ansatz. Wir fordern Sie auf, alle Knäste, Sanktionsgebäude, Polizeidienststellen zu schließen und dem Erdboden gleich zu machen! Dort können beispielsweise dann Umsonstläden, Jugendhäuser, soziale Wohnungsbaumaßnahmen und andere sozial-gemeinschaftliche Projekte verwirklicht werden. Dies alles ist im Sinne des Volkes!

Ganz zu schweigen vom sogenannten "Asylrecht", in dem nach Aktenlage entschieden wird, welches Herkunftsland als sicher deklariert wird (anstatt auf die Erfahrungen der flüchtenden Menschen zu hören), bis hin zu den unmenschlichen Abschiebungen unserer ausländischen Mitbürger, inklusive ihrer Kinder, die dadurch brutal aus ihren neu aufgebauten soziokulturellen Milieu herausgerissen werden und erneut traumatisiert werden. Auch dies kann nicht "Im Namen des Volkes" sein, und schon gar nicht in unserem Sinne!

Der bekannten Demo-Parole "Feuer und Flamme den Abschiebebehörden!" sollte umgehend praktische Folge geleistet werden!

Ein weiterer Punkt ist die offensichtliche Sympathie von JuristInnen für konservative, reaktionäre und faschistische Gruppierungen und Ziele. Eure Justiz hat seit 1945 nichts gelernt, sondern arbeitet in subtiler Weise und dient dem kapitalistisch-faschistoidem System! "Im Namen des Volkes" ist das nicht!

Auch werden "Im Namen des Volkes" Millionen Menschen, die Hartz IV und/oder andere Sozialleistungen beziehen müssen, mit Maßnahmen und Sanktionen schikaniert und gedemütigt. Der psychische Leidensdruck und die soziale Ächtung, die diese Menschen erleiden, lässt sich kaum beschreiben. Daher fordern wir die sofortige Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Höhe von 1500 Euro netto - "Im Namen des Volkes"!

Abschließend fordern wir Sie auf, die nötigen Schritte für eine sozialistische und ökologische Demokratie einzuleiten und sich dann zur Ruhe zu setzen.

Denken Sie daran, wir haben Sie im Blick, auch nach diesem Brief.

Mit revolutionären Grüßen und Im Namen des Volkes!

Revolutionäre Aktionszellen (RAZ) vereint mit der MilitantE Zelle (MIEZE)

*Vermerk: Unter dem Begriff "Volk" verstehen wir alle Menschen, die bei uns leben. Die faschistische Definition von "Volk" lehnen wir entschieden ab und bekämpfen diese ebenso mit allen Mitteln.

[B]: Ein Verfahren, das nicht sein sollte...

Von Ermittlungseifer und geplatzten Staatsschutz-Träumen

von: einige am: 28.02.2020 - 20:33

Nach der Räumung der Kadterschmiede im Juni 2016 und der darauf folgenden Belagerung der Rigaer94 findet im Rahmen eines Aktionstags am 5. Juli 2016 eine unangemeldete Fahrraddemo statt. 50 bis 60 Menschen fahren teilweise bunt und schwarz verumumt durch die Straßen Kreuzbergs, begleitet von Musik, Flyern und Parolen. Mehrere Gebäude werden auf dem Weg mit Farbe verschönert, darunter die ehemalige Hausverwaltung der Rigaer94. An diesem Tag wird weder jemand festgenommen, noch werden Personalien festgestellt.

Mehr als drei Monate später am 27. Oktober folgen 14 Hausdurchsuchungen in Berlin und Leipzig, um Beweismaterial gegen die vermeintlichen Organisator_innen und Teilnehmer_innen zu finden. Der Tatvorwurf lautet für alle auf "besonders schweren Landfriedensbruch", eine konkrete Tatbeteiligung an einzelnen Sachbeschädigungen wird niemandem angelastet. Deswegen wird vom Staatsschutz konstruiert, *"dass der Zweck des Fahrradkorsos die Sachbeschädigung an Gebäuden war, dass dieser Zweck auch allen Beteiligten bekannt war und dass alle Beteiligten bewusst und gewollt als Deckungsmasse für die Werfer agiert haben."*

Noch im Juni 2016 - wenige Tage nach der Räumung der Kadterschmiede - wird die EG LinX gegründet, welche sich mit der Vielzahl von Soli-Aktionen für die Rigaer94 beschäftigen soll und auch die Ermittlungen in diesem Verfahren übernimmt. Die Freude über einen vermeintlichen Erfolg ist groß, da der einzige Triumph während ihrer gesamten Existenz darin besteht, den eigenen "Informanten" beim Autos anzünden festzunehmen. Mit der Meldung zur Razzia schaffen sie es sogar in die überregionale Presse. Die Vorbereitung der Razzia wirkt unprofessionell und auf die Schnelle zusammengeschustert, so ist in den Akten wegen der Öffentlichkeitswirksamkeit von einem Eilbedürfnis die Rede. Die kurzfristige Umsetzung und das dilettantische Vorgehen zeugen davon, medienwirksam doch noch etwas vorweisen zu wollen, bevor die Causa Rigaer wieder aus dem Gedächtnis der Bild-Leser_innen und Twitter-Trolle verschwindet. Die EG LinX löst sich schon kurze Zeit später, gemeinsam mit Frank Henkel, seinerzeit Innensenator von Berlin, in Luft auf.

Bei den Razzien werden fünf der 14 beschuldigten Personen angetroffen und zur ED-Behandlung verschleppt, alle lehnen die freiwillige DNA Entnahme ab. Der Staatsschutz wünscht sich zwar eine angeordnete DNA Entnahme bei allen, die Richterin ist jedoch der Auffassung, dass diese nicht ohne vorherige Anhörung und auch zu einem späteren Zeitpunkt umsetzbar sei. Zu diesem Zeitpunkt ist bereits klar, dass an einigen gefundenen Farbkugeln zu geringe Spuren anhaften und somit Auswertung und Abgleich sowieso ins Leere laufen werden. Bei den später untersuchten Gegenständen stellt es sich genauso dar. Die Kriminaltechnik möchte sich die Finger nicht schmutzig machen und verwendet einige Farbflaschen erst gar nicht, weil sie undicht sind. Bei den eingesendeten Eierschalen probieren sie es ebenfalls nicht, weil sie *"sich in feuchtem Zustand befanden und damit für eine molekulargenetische Analyse ungeeignet sind."* Die beschlagnahmten elektronischen Geräte werden nebst dem üblichen Vorgehen auf den Suchbegriff

"<https://linksunten.indymedia.org>" überprüft. Beschuldigte, welche später die Abholung von beschlagnahmten Gegenständen selbst vornehmen, werden vor Ort zur ED-Behandlung gezwungen.

Die Ermittlungen begründen sich hauptsächlich auf Bildmaterial der Bullen. Ihnen liegt ein Video vor, das auf einer Teilstrecke aus einer Wanne heraus gefilmt wurde, welche die Demo verfolgte. Obwohl die Spürnasen viele Kameras auf der Route entdecken, gelingt ihnen nur die Sicherung einer einzigen Kameraaufzeichnung, welche trotz Tageslicht nur unbrauchbare Aufnahmen liefert. Weiterhin haben sie Fotos einer Observation aus dem Volkspark Hasenheide, der in der Nähe des Demo Startpunkts liegt. Der Bericht unterstellt "*konspirative Vorbereitungsaktionen*", weil ca. 15 Menschen beobachtet werden, die dort sitzen, sich unterhalten, umkleiden, Karten herumzeigen, an Fahrrädern hantieren und Handys in den Händen halten.

Sowohl die Bilder der Observation als auch die Aufnahmen aus der Wanne werden zur Identifizierung herangezogen und miteinander abgeglichen. Dabei werden einige Personen direkt anhand des Materials zugeordnet und die restlichen Bilder landen für drei Monate im Intranet der Berliner Bullen. Für einige beschuldigte Personen folgen zu dem Zeitpunkt unerklärliche Kontrollen bei Demos und Kundgebungen in Berlin und anderswo. Später wird klar, dass es sich um die Feststellung der Personalien für dieses Verfahren handelte. Mehr als ein Jahr nach der Demo wird die letzte Person als Tatverdächtiger aufgenommen, insgesamt gibt es am Ende der Ermittlung 19 Personen in diesem Verfahren.

Eine besondere Rolle bei der "Identifizierung" kommt dem LKA 644 zu, welches umgangssprachlich als PMS bekannt ist. Unter anderem weil die Demo kurzzeitig durch den Zivi-Wagen Volvo B-GC690 beobachtet wurde. Dabei tut sich insbesondere der Zivi mit der Codiernummer 99100564 hervor. Dies ist nicht der erste und wird bestimmt auch nicht der letzte Einsatz dieses selbsternannten Super-Identifizierers sein. Auch im März 2017 erkennt er angeblich Personen auf Bildern im Intranet der Polizei, die beschuldigt werden ein Erste-Hilfe-Kit geklaut zu haben. Der Staatsschutz erklärt sich in diesem Fall zuständig, da das Set laut LKA zur Unterstützung der Rigaer94 benutzt werden sollte. Wir hoffen auf weitere Veröffentlichungen zu Ermittlungen, in denen 99100564 und Kolleg_innen sich in dieser Rolle hervortun.

Erst im Juni 2018 konnte Klarheit darüber erlangt werden, was es mit dieser sogenannten "gefahrenabwehrenden Maßnahme, der Observation in der Hasenheide, auf sich hat. Im Untersuchungsausschuss zum "Terroranschlag Breitscheidplatz" erklärt ein Bulle des MEK, dass die Observationen gegen Anis Amri im Juni 2016 eingestellt worden wären. Der Fokus sollte nunmehr auf zwei Personen liegen, die dem Umfeld der Rigaer94 zugerechnet werden und als Gefährder bzw. relevante Person geführt werden. Bei einer der Observationen, die in diesem Zeitraum stattfinden, entstehen die Bilder in der Hasenheide.

Während Anis Amri in dieser Zeit ernsthafte Bemühungen anstellt "*... sich mit Schnellfeuerwaffen des Typs AK47 zu bewaffnen, ...*" (aus der Observationsbegründung Amris), liegt die Priorität des Staates offenbar darauf, die Folgen der Henkelschen Eskalationspolitik auszubügeln. Der damalige Innensenator hatte mit der Rigaer94 endlich einen Grund gefunden, um seine Law-and-Order-Politik unter Beweis zu stellen. Seine Wiederwahl zu sichern, ist somit einer der entscheidenden politischen Einflussfaktoren im Verlauf des Sommers 2016. Umso peinlicher für Bullen und Senat am Ende, abgesehen von den Hausbesuchen, kein Ergebnis präsentieren zu können.

Da anscheinend selbst dem Staatsschutz bewusst geworden ist, wie nichtig und wenig nachhaltig die Entdeckung einer Fahrrad-Sponti ist, werden beflissentlich gefährlich klingende Konstrukte heraufbeschworen. Es wird daher versucht das Ereignis in einen größeren Kontext zu setzen: *"Die im hiesigen Ermittlungskomplex beschuldigten Personen tauchten und tauchen immer wieder auch in anderen polizeilichen Ermittlungen zu Straftaten mit einer vermuteten linkspolitischen Motivationslage auf. Dabei agieren sie in kleineren oder größeren Gruppen miteinander, in verschiedenen Konstellationen, meist mit weiteren Personen, die im hiesigen Verfahren nicht erfasst sind."* Belegt wird dies mit der Aufzählung von Namen der Beschuldigten, die darlegen soll, wer, wann, mit wem auf Demos oder vor Kneipen gesehen wurde, um daraus zu schlussfolgern: *"Hier wird davon ausgegangen, dass die Personen Teil einer, durch Freundschaften und gleichgerichtete politische Überzeugungen eng verbundenen, Gruppierung sind, die sich, aus verschiedenen linkspolitisch besetzten Begründungszusammenhängen heraus, immer wieder zu Straftaten zusammenfinden."*

In den folgenden Monaten wird das Verfahren bei diversen Personen eingestellt. Übrig bleiben neun Personen gegen die im September 2018 Anklage erhoben wird. Die Auswahl beschränkt sich dabei auf diejenigen, von denen die Bullen glauben, sie sowohl auf Bildern der Observation in der Hasenheide als auch der Demonstration erkennen zu können.

Es dauert weitere sieben Monate bis zu einer erneuten Regung des Justizapparats. Die Eröffnung des Hauptverfahrens wird von der Richterin am Amtsgericht abgelehnt, weil eine Verurteilung nicht zu erwarten sei, da selbst die Staatsanwaltschaft zugeben muss, dass die Farbbeutelwürfe keinen konkreten Personen zugeordnet werden können. Es sei außerdem kein auffälliges Verhalten festzustellen, dass ein arbeitsteiliges Vorgehen der Teilnehmer_innen zur Unterstützung des Farbbeutelwerfens belegen würde.

Weiterhin wird begründet, dass die Teilnahme an einer politischen Demonstration, aus der heraus Straftaten begangen werden, an sich keine Straftat darstellen könne: *„Würde man allein das Mitfahren in dem Fahrradkorso ausreichen lassen, so könnte man auch bei anderen politischen Demonstrationen, wie beispielsweise der Revolutionären 1. Mai-Demo sämtliche Veranstaltungsteilnehmer festnehmen, weil einzelne Versammlungsteilnehmer Straftaten begangen haben (im Fall der Revolutionären 1. Mai-Demo sogar mit besserer Begründung, weil jedem, der an dieser Demonstration teilnimmt, klar sein muss, dass einzelne Versammlungsteilnehmer Straftaten begehen werden).“*

Außerdem wird bei keiner der Personen eine gesicherte Identifizierung angenommen. Da die Personen während der Demonstration mehrheitlich verumumt waren, seien die Fotos von der Demo zur Wiedererkennung ungeeignet. Sie teilt außerdem noch einen Seitenhieb in Richtung der "szenekundigen" Zivis aus, die sich bei jeder Identifizierung auf den Observationsfotos 100-prozentig sicher waren: *„Das Photo ist zur Identifizierung gänzlich ungeeignet, daran ändert sich auch nichts dadurch, dass ein Polizeibeamter der Meinung ist, er hätte sie wieder erkannt.“*

Welch ein Verurteilungswille in diesem Fall besteht, macht Oberstaatsanwalt Fenner, zuständig für politisch motivierte Verfahren und somit wohlbekannt, mehr als deutlich klar. Er legt sofort Beschwerde gegen den o.g. Beschluss ein, dabei verärgert es ihn insbesondere, dass die Identifizierungsfähigkeiten der Polizeizeug_innen in Frage gestellt werden. Außerdem erkennt er bereits *"durch die Beteiligung [...] eine psychische Beihilfe an einem besonders schweren Landfriedensbruch"*.

Im August 2019 kassiert OStA Fenner eine weitere Niederlage. Seine Beschwerde wird durch das Landgericht Berlin zurückgewiesen. Nach mehr als drei Jahren wird das Verfahren somit ein für alle Mal ad acta gelegt. Das Landgericht schließt sich weitestgehend dem Beschluss des Amtsgerichts an. Auch das Landgericht bestätigt, dass nur die nachweisliche Beteiligung an Gewalttaten aus einer Menge heraus, nicht der bloße Anschluss an eine unfriedliche Menge eine Strafbarkeit wegen Landfriedensbruch erfüllt.

Auch unabhängig von den Entscheidungen der Gerichte, fällt unsere Bilanz dieser Zeit positiv aus. Wir denken das Konzept eines dezentralen Tag X, welches auch zur Räumung der Kadterschmiede 2016 angewandt wurde, hat gut funktioniert. Es gab zahlreiche bunte, sowie militante Aktionen und äußerst wenig Festnahmen in den drei Wochen der Belagerung der Rigaer94. Die Fahrrad-Demo war eine der wenigen Aktionen, abseits der angemeldeten Demonstrationen, bei denen die Bullen überhaupt einen Ermittlungsansatz hatten. Entsprechend erfreut waren sie darüber, der Hauptstadtbesetzerpresse nach Wochen der Berichterstattung über deutschlandweit eskalierende nächtliche Militanz, endlich einen vorgeblichen Ermittlungserfolg präsentieren zu können. Die Durchsuchungen in 14 Wohnungen und Projekten dienten zwar ihrem Zweck, kurzzeitig ein Bild polizeilichen Durchgreifens zu vermitteln und möglicherweise auch einzelne solidarische Menschen und Gruppen zu verunsichern. Mittel- und langfristig zeigte sich jedoch für uns, dass ihre Ermittlungen zu keinem Zeitpunkt geeignet waren, den Erfolg der damaligen Wochen oder den einer Fahrrad-Demo als anschlussfähiger Aktionsform zu schmälern. Wir begrüßen den Ansatz, am helllichten Tag selbstbestimmt - statt öffentlich, nur intern mobilisiert - mit vielen Menschen unterwegs zu sein, mit Raum für eigene Ideen und Straftaten.

Dennoch bedauern wir heute wie damals schon, dass eine angemessene Reaktion der Szene auf diesen und ähnliche Repressionsschläge weitestgehend ausblieb. Wir müssen weiter daran arbeiten, uns besser zu vernetzen und Strukturen zu schaffen, die in der Lage sind spontane und wütende Antworten auf solche Angriffe zu geben. Und so abgedroschen die folgende Phrase mittlerweile auch klingen mag, zwar waren wir in diesem Verfahren betroffen, aber es ist ein Angriff auf uns alle. Aus diesem Grund ist es uns von Anfang an auch wichtig gewesen, unsere Informationen zu teilen und damit in Zukunft eine bessere Verteidigung unserer Strukturen für alle zu ermöglichen.

Für mehr wilde Demos!



(B) Nordkiez Update Anfang 2020

von: Einige aus den (Haus-) Projekten am: 26.02.2020 – 14:43

Der rebellischen Tradition des Nordkiewes gemäß haben sich einige aus den (Haus-) Projekten dazu entschlossen, mal wieder ein Info-Update mitsamt Einschätzungen zu liefern. In letzter Zeit waren Texte in diesem Format rar, was hiermit ein wenig korrigiert werden soll.

Wo stehen wir?

Die aktuelle Phase unseres Kampfes steht in der direkten Kontinuität zur Zeit des Gefahrengebiets und zur sie ablösenden Phase der relativen Rechtssicherheit. Die Zeit des Gefahrengebiets zeichnete sich dadurch aus, dass über den gesamten Kiez und seine Bewohner*innen der Ausnahmezustand verhängt worden war. Beginnend im Oktober 2015 hatte die Polizei unter dem Innensenator Henkel mehrere Monate lang den Kiez mit Kontrollen und Übergriffen terrorisiert, was zu massenhaften Solidarisierungen untereinander führte. Das Gefahrengebiet gipfelte in der versuchten Räumung der Rigaer94 und endete jäh mit dem ungeordneten Rückzug der Hundertschaften nach drei zermürbenden Wochen Belagerung. Unter anderem dem Widerstand im Kiez war es geschuldet, dass Henkel die anschließende Bürgermeisterwahl 2016 haushoch verlor und die Stelle des Innensensors durch den Sozialdemokraten Geisel eingenommen wurde. Eine der wichtigsten Aufgaben Geisels war von Anfang an der unruhige Nordkiez. Er musste öffentlich einen Bruch mit der frontalen Strategie seines Vorgängers ankündigen und gab in diesem Zug die Direktive des "rechtssicheren Handelns" heraus. Die Gefahr einer Fokussierung der staatlichen Repression auf einzelne Akteur*innen und einer Abnahme der breiten Solidarität wurde von den rebellischen Strukturen analysiert und davor gewarnt.

Diese neue Phase kennzeichnete sich in der Tat durch ernsthafte Versuche, Einzelne aus der Bande der Solidarität herauszulösen und in den Knast zu stecken. Das beste Beispiel ist die Festnahme und Schmutzkampagne gegen einen Bewohner der Rigaer94, der durch ein Staatsschutzkonstrukt mit Hilfe einer eigens aufgebauten Zeug*innengruppe für einige Monate in U-Haft musste (1). Der Widerstand dagegen war gekennzeichnet durch arbeitsintensive Gegenpropaganda, teilweise in harter Abgrenzung zu Teilen der Nachbarschaft, und zahlreiche Aktionen, die notwendig waren, um nicht in die Defensive zu geraten. Nach der Bewegungszeit des Gefahrengebiets trat dennoch eine Depression ein. Die meisten (Haus-) Projekte verschwanden wieder in der Bedeutungslosigkeit und auch die übrigen Anwohner*innen blieben meist den Konflikten fern, schlicht und einfach deswegen, weil sie die Möglichkeit dazu hatten. Das führte dazu, dass die Polizei das Gefahrengebiet auf einen Bruchteil der ursprünglichen Größe reduzieren konnte – auf den unruhigen Hotspot um die Liebig34 und die Rigaer94. Dennoch sind wir der Meinung, dass wir als rebellischer Kiez diese Zeit und die staatlichen Versuche der Isolierung gut gemeistert haben. Die Welle der Verfahren gegen einzelne Akteur*innen ist zwar nicht vorbei, doch konnte die Justiz den polizeilichen Plan der Abschreckung nicht vollenden. Im Gegenteil hat unsere kleine Bewegung dabei einiges an Erfahrung gesammelt und einiges an Angst abgeworfen.

Auch die provokative Frage, wem die Stadt gehört, wurde durch die politische Strategie der Regierenden nicht begraben. 2017 schrieben einige: "Die vielseitig genutzte Brache „Bambiland“ musste hässlichen Luxusneubauten weichen und mit dieser gated-community werden wir nie Frieden schließen". Im Gegensatz zu den meisten Frontprojekten der Gentrifizierung, die nach

anfänglichen Problemen meist schnell in Ruhe gelassen werden, war und ist das Bambiland in der Rigaer Straße zwischen Zelle und Proskauer Straße ständig Ziel von politischem Graffiti oder Glasbruch. Eine regelmäßige Objektschutzstreife der Polizei konnte und kann das auch nicht verhindern. Auch der Bau der CG-Gruppe in der Rigaer Straße musste bis heute immer stark geschützt werden, was zeigt, dass die Reichen und Mächtigen Angst vor dem Zorn aus der Bevölkerung haben.

Der Dorfplatz an der Ecke Rigaer Straße/Liebigstraße war zu jeder Zeit ein Ort, dessen Nutzung nur mit Gewalt durch den Staat kontrolliert werden kann. Es hat sich gezeigt, dass es nach wie vor Bedarf an derartigen Räumen gibt. Mit den heranrollenden neuen Räumungsandrohungen gegen die Liebig34 und Projekte in anderen Gegenden der Stadt ging eine gesteigerte Aktivität von dort aus. Die Auseinandersetzungen mit der Polizei, die sich nach 2016 zeitweise auf den Bereich vor der Rigaer94 beschränkt hatten, schlossen vermehrt den Dorfplatz mit ein, nachdem im Sommer 2019 ein öffentliches Mahl gewaltsam mit der Begründung aufgelöst wurde, es sei nicht erlaubt, Bänke aufzustellen. In der Folge konnte die Polizeipräsenz am Platz durch sehr häufigen Bewurf, vor allem mit Farbe, stark reduziert werden.

Die Stärke der rebellischen Strukturen hat sich auch gegen die Justiz gezeigt. Die erste Verhandlung gegen die Liebig34 konnte im November 2019 durch entschlossene Interventionen verhindert werden. Für uns steht fest, dass das ohne den militanten Druck nicht möglich gewesen wäre und wir möglicherweise schon mit einem Haus weniger dastehen würden.

Im vierten Jahr der linken Regierung unter SPD, Linkspartei und Grüne, also kurz vorm letzten Jahr dieser Wahlperiode glauben wir aufgrund der oben beschriebenen Umstände behaupten zu können, dass deren gegen uns angeführte Strategie nicht funktioniert hat. Während wir das jedoch als Erfolg verbuchen, wollen wir sowohl nicht aus den Augen verlieren, was die mittelbareren Ziele staatlichen Handelns sind, als auch was die unsrigen sind. Als Garant für Sicherheit und Ordnung zur Durchsetzung beispielsweise der kapitalistischen Stadt hat der Staat weitergearbeitet und sich an vielen Stellen zusätzlichen Raum verschafft. Als rebellischer Kiez waren wir seit 2016 nur ein kleiner Faktor des Widerstands unter vielen anderen. Wir haben es bisher nicht geschafft, mit der siegreichen Schlacht um Henkels Vietnam mehr derartige Auseinandersetzungen in dieser Stadt zu initiieren, obwohl wir dies eigentlich anstrebten und anstreben.

Neue Phase

Warum wir jetzt eine neue Phase des Kampfes verkünden hat zwei Gründe. Einerseits glauben wir die Grundlagen zu einer Zuspitzung zu haben, die kommen muss, wenn wir uns ohne große Verluste wie die Räumung der Liebig34 über diese Periode der linken Regierung retten wollen. Andererseits hat unser Gefahrenkiez bei unseren Feinden einen derart herausragenden Stellenwert erreicht, dass wir es für nötig halten, einen Umgang damit zu finden.

Nach anfänglichem Zögern wurde die durch die herausgezögerte Entscheidung gewonnene Zeit bis zum Räumungsversuch gegen die Liebig34 unsererseits genutzt. Die letzten Monate geben uns Grund zur Annahme, dass die antagonistischen Elemente dieser Stadt und darüber hinaus bei einer Räumung zusammenstehen werden. Mehrere Demonstrationen (2) haben gezeigt, dass Mobilisierungen ohne Probleme vierstellige Teilnehmer*innenzahlen erreichen. Viele haben sich in letzter Zeit auch an illegalen Aktionen beteiligt und diese in den Kontext eines gemeinsamen Handelns gestellt. Wichtig ist bei all dem die "Interkiezionale", der organisatorische Zusammenschluss der bedrohten Projekte Berlins. Außerdem gibt es mit der Kampagne "Kein Haus

weniger" eine Initiative aus dem bürgerlichen Spektrum, die sich mit einer Liste von zahlreichen stadtweit bedrohten Projektenden, darunter die Liebig34, demonstrativ solidarisiert.

Im Kiez selbst ist in den letzten Monaten auch einiges passiert, was unsere Strukturen wieder größer und komplexer macht. Von der Kiezkommune Friedrichshain werden regelmäßige Veranstaltungen organisiert, die sich an unorganisierte Nachbar*innen wenden, darunter eine regelmäßige Versammlung für die Nachbarschaft. Besonders bemerkbar macht sich die zunehmende Verbundenheit von jüngeren Strukturen mit dem Gefahrenkiez, welche u.a. im autonomen Jugendclub Keimzelle im besetzten Erdgeschoss der Rigaer94 fußt. Unter dem Label Kiezversammlung gab es außerdem ein Treffen von gut 50 Menschen, das sich mit der Frage beschäftigte, wie man die Liebig34 besser unterstützen kann. Auch hier kamen Viele, die nicht in den Hausprojekten wohnen. Aus diesem Treffen entstand auch der Plan, am 4. April 2020 wieder mal eine Kiezdemo durchzuführen, um die Nachbarschaft zu repolitisieren.

Wir sehen also, dass es eine Grundlage gibt, um über Ziele zu reden, und darüber, wie wir die nächste Zeit dafür nutzen wollen. Doch auch die Bedingungen im Lager unserer unmittelbarsten Gegner haben sich geändert.

Wie bereits klar geworden sein dürfte, messen wir der Beschäftigung mit dem demokratischen Zirkus einige Bedeutung bei. Die Ereignisse der erfolglosen Räumung der Rigaer94 2016 haben gezeigt, dass unser Kampf wichtig genug ist, um Parteipolitik zu beeinflussen. Gleichzeitig sind wir dadurch geeignet, um für parteipolitische Interessen instrumentalisiert zu werden. Da 2021 Wahljahr ist und bis Mitte 2020 eine Häuserräumung im Nordkiez mit der erneuten Vertagung der Verhandlung gegen die Liebig34 fast unmöglich ist, rennt der aktuellen Regierung die Zeit für einen unkomplizierten symbolischen Schlag davon. Darüber hinaus sind Spaltungstendenzen erkennbar. So muss sich der Innensenator Geisel mittlerweile über eine parteiinterne Opposition ärgern, die gemeinsam mit der CDU und der AfD versucht, sich durch eine Abweichung vom vorgegebenen Kurs des rechtssicheren Handelns zu profilieren. Die ausgebliebenen Erfolge der Regierung gegen den rebellischen Kiez haben also eine Situation mit Potential für einen regierungsinternen Machtkampf geschaffen, während der Druck von außen steigt.

Aus den Reihen der Polizei erfolgt eine kontinuierliche und vielfältige Zuarbeit an rechte Kräfte. Über die polizeieigene Pressearbeit, durch die Polizeigewerkschaften und über die rechten Medien wird ein Bild des totalen Versagens der linken Regierung gezeichnet. Öffentliche Forderungen wie das Abreißen oder Ausräuchern unserer Häuser folgen mittlerweile regelmäßig auf die polizeiliche Berichterstattung aus dem Gefahrengebiet. Einschlägiges Verhalten wie das leaken von geheimen Informationen, die Zusammenarbeit mit Nazis, die Normalisierung der Gegenwart faschistischer Strukturen in der Polizei – all das sind Zeichen einer Meuterei gegen den linken und bürgerlichen Liberalismus.

Das hat mit uns zu tun, weil wir zum Symbol des staatlichen Versagens geworden sind. Nicht nur durch unseren Antrieb sind wir heute über die Grenzen hinaus ständig im Gespräch der Medien. Das Schlagwort Rigaer wird von verschiedensten rechten Akteur*innen für eigene politische Zwecke genutzt. Die sozialen Netzwerke – ihre Relevanz sei dahingestellt – sind voll von Gewaltaufrufen und Anstachelungen. Alle paar Wochen erscheint in renommierten überregionalen oder gar internationalen Zeitungen ein Artikel, in dem ohne relevanten Nachrichtenwert über unseren Kiez hergezogen wird (3). Wir wollen in aller Klarheit sagen, dass die Medienhetze zwangsläufig dazu führen wird, dass es zu Angriffen kommen wird. Der Brandanschlag auf die Liebig34 vor einigen

Jahren darf ebensowenig vergessen werden wie der Besuch des Nazi-Video-Bloggers vergangenes Jahr, der demonstrativ bewaffnet durch unsere Straßen lief. Die einzelnen rechten Spinner, die ihre bisher harmlosen Mutproben an unseren Hauseingängen dokumentieren und der Überfall von drei Nazis auf eine junge Frau am 15. Februar in der Nähe vom S-Bahnhof Frankfurter Allee (4) sind ebenso Vorboten für Schlimmeres. Die Zeit, in der diese Art Aufmerksamkeit vernachlässigt werden konnte, ist vorbei, spätestens seit der Ex-Bundespolizist Nick Hein in seinem Video, in dem unter anderem Tom Schreiber von der SPD und Burghardt Dregger von der CDU auftreten, im Hausflur der Rigaer94 Nazi-Parolen (AZAB – All Zecken Are Bastards) sprühte und Angriffspunkte für mögliche Anschläge auf das Haus aufzeigte. Die gute Vernetzung seiner Kreise belegt er persönlich dadurch, dass er ein als Verschlussache eingestuftes Dokument veröffentlicht, in dem bisher nicht bekannte Informationen veröffentlicht wurden. Weitere Belege für unsere Annahme eines bevorstehenden Angriffs sind die faschistischen Drohbriefe vom Staatsschutzes Ende 2017 sowie die erneuten Leaks von persönlichen Daten im Spiegel, welche dem selben Quellenkreis entspringen dürften.

Dazu kommt, dass diese Kreise auch an den sehr einflussreichen Stellen sitzen. So wissen wir, dass die Mit-Verfasserin der Drohbriefe in der Auswerteeinheit des Staatsschutzes sitzt, in dem permanent Personendossiers angelegt werden, welche ausschlaggebend für die Klassifizierung von Gefährdern sind. Die Einstufung einer Person als Gefährder ist nicht nur eine öffentlichkeitswirksame Stigmatisierung sondern auch eine weitgehende Auslieferung unter polizeiliche Willkür. Ohne richterliche Aufsicht kann der Staatsschutzapparat damit hemmungslos persönliche Daten des Gefährders und seines gesamten Umfelds sammeln, welche damit direkt bei den Nazis landen. Unseren Kenntnissen nach hat der Staatsschutz die Einstufung von drei Personen aus dem Nordkiez als Gefährder beim BKA erwirkt.

Es ist also keine Prophezeitung sondern eine bereits eingetretene Tatsache, dass sich der Polizeiapparat verselbstständigt hat. Für uns ist das nicht erstaunlich und nicht neu, da unser antifaschistisches Bewusstsein auf Lehren aus der Vergangenheit und logischen Überlegungen zur Rolle des Staates aufbaut. Die Relevanz dieser Tatsachen rührt daher, dass sie offensichtlich sind und mittlerweile von Teilen des bürgerlichen Spektrums anerkannt werden. Wie auch der entschern-Kongress zeigt, besteht die Möglichkeit mit unseren Positionen auf bürgerliche Diskurse Einfluss zu nehmen oder gar eine antifaschistische Allianz aufzubauen. Was wir brauchen ist daher eine Debatte mit dem Ziel einer klaren Tendenz in dieser Frage.

Für uns ist soweit klar, dass die Enthüllungen und das Bewusstsein über den tiefen Staat nur möglich sind, wenn wir ihn mit unseren Kämpfen aus der Reserve locken. Dazu haben wir als Kiez-Projekt einen Beitrag geleistet. Der Fakt, dass wir zu einem allgemeinen Symbol für staatliches Versagen geworden sind und dementsprechend bedroht sind, bedeutet für uns, dass wir den richtigen Weg eingeschlagen haben mit dem Risiko, Ziel von rechten Anschlägen zu werden. Die Morde in Hanau geben uns zu Denken, zumal der Attentäter aus der selben Szene stammt, der auch der Amok-Läufer aus Halle angehört. Dieser hatte in seinem Manifest neben jüdischen und migrantischen Anschlagzielen auch linke Strukturen erwähnt. Was diesbezüglich nicht in Frage kommen darf, ist das Annehmen einer Opfer-Rolle, die die Instrumentalisierung unseres klar staatsfeindlichen Kampfes für linksliberale Ideen mit oberflächlichen antifaschistischen Inhalten ermöglichen würde. Stattdessen gilt es, den antifaschistischen à l'arme auszulösen, nicht der Vergangenheit ohne AfD nachtrauernd, sondern den Sturz des Systems erkämpfend.

Der Weg dahin führt uns über die rebellischen Kieze, also die Revolution von Unten wie sie derzeit auch in Connewitz formuliert wird: "[Diese Gebiete] sind existentiell für die Selbstorganisation der Bevölkerung, die die Umwälzung der Verhältnisse zum Ziel hat. In ihnen können neue Formen erprobt werden, wie man diskutiert, streitet, kämpft, sich organisiert und kennenlernt. Die Synthese eines von staatlicher Kontrolle befreiten Raumes mit den kämpfenden Kollektiven und Individuen, die darin wohnen, und der Selbstorganisation des Lebens birgt die Möglichkeit sich von der kapitalistischen Ausbeutungslogik zu befreien und den Staat zu zersetzen. Aus dieser Verbindung können sich neue revolutionäre Keimzellen bilden, aus denen befreiende Gesellschaftsmodelle entstehen können. Rojava, Chiapas, Exarchia, die Gemeindeversammlungen der Gelbwesten und der chilenischen Bevölkerung sind solche Versuche." (5)

Um diesen Weg einzuschlagen, dürfen wir nicht weiter warten, bis wir wieder in der defensiven Position sind. Das bedeutet für diesen rebellischen Kiez, der sich als stadtweites Projekt der Bewegung versteht, vor der nächsten Räumungsverhandlung gegen die Liebig34 oder die Rigaer94 weiter durchzustarten. Die letzten Monate haben neuen Schwung gebracht, der jetzt stetig zunehmen muss. Dabei geht es einerseits darum, den politischen Preis für staatliche Offensiven so hoch zu setzen, dass sie ausbleiben. Das Ziel ist vorerst, diese Wahlperiode ohne Räumung hier im Kiez zu beenden. Für die anderen bedrohten Berliner Projekte können wir dieses Ziel nicht herausgeben, da uns die Zuversicht dafür fehlt. Für diese braucht es klare Ansagen aus deren engeren Strukturen. Uns geht es hier weiter darum, die in den letzten Jahren gewonnene politische Stärke zu halten, hier gewonnene Erfahrungen mit dem Rest der Bewegung zu teilen und natürlich dem Staat noch weitere Handlungsoptionen zu entziehen. Es reicht nicht, dass die Polizei unsere Häuser fürchtet oder zu manchen Anlässen wie bei der Linksunten-Demo in Leipzig oder bei den Auseinandersetzungen nach der Demo zum Mord an Maria lieber einen Gang zurückschaltet. Wir müssen das Bewusstsein darüber verbreiten, dass der Staat im Auftrag des kapitalistischen Friedens und Kriegs mordet und wir müssen unsere Nachbarschaften zu Orten machen, in die sich keine Polizei mehr hineintraut. Die größte Herausforderung innerhalb der Nachbarschaften ist es, Zuversicht in die eigene Stärke und Wichtigkeit aufzubauen. Außerhalb der etablierten ZADs, in den Teilen der politischen Szene, die keine Räume besetzt und verteidigt, hat es sich ebenfalls als schwierig und wichtig gezeigt, Möglichkeiten zur Unterstützung und Identifikation zu geben. Dabei geht es darum, Projekte wie unseren Kiez als ganzheitliches kämpferisches Konzept als Alternative zu Feierabend- und Feuerwehr-Politik wahrnehmbar und auch erstrebenswert zu machen. Dann sollte es auch ein realistisches Ziel sein, die Teilnehmer*innenzahlen der Demonstrationen von 2016 (> 5000) zu toppen und die dezentralen Aktionen auszuweiten.

Was die Deklaration der kommenden Monate bis zur nächsten Wahl als heiße Phase angeht, so wollen wir damit nicht den Glauben verbreiten, unter einer rechten Regierung würde die Bewegung automatisch wieder größer werden. Dem selben Irrglauben ist die anarchistische Bewegung in Griechenland anheimgefallen, als sie unter der "linksradikalen" Syriza-Regierung ein Bewegungstief erlebte. Von dort können wir lernen, dass die linken Regierungen meist gute Vorarbeit für rechte Regierungen leisten. Es sei denn, die Menschen sind in der Lage, bestehende Freiheiten wie Exarchia oder den Nordkiez zur Vorbereitung zu nutzen.

Um es klar zu sagen: wir erwarten von dieser Rot-Rot-Grünen Regierung mit hoher Sicherheit Anläufe zu Häuserräumungen. Generell, aber insbesondere im Falle, dass der offizielle Staat dazu nicht in der Lage sein sollte, erwarten wir Angriffe von Faschisten des tiefen Staates. Nach Möglichkeiten sollten wir keine Unterscheidung machen, wenn wir darauf reagieren werden.

Sollte es wider Erwarten zu keinen Angriffen bis Mitte 2021 kommen, dann werden wir unter der nächsten, vielleicht rechten Regierung damit rechnen müssen. Anderthalb Jahre sind genug Zeit, um aus Phasen der gesteigerten Aktivität wie wir sie gerade feststellen wieder zurückzufallen in die staatlich verordnete Lethargie. Diese anderthalb Jahre sollten stattdessen auch unter widrigen Umständen dazu genutzt werden, sich auf eine andere Regierung vorzubereiten, die sich vielleicht eher an Henkels Konzepten entlanghangelt. So oder so müssen wir realisieren, dass Berlin wie Leipzig Inseln des liberalen Bürgertums sind und dessen Isolierung derzeit galoppiert. Es gibt starke Tendenzen der bundespolitischen Einflussnahme auf unsere lokalen Konflikte. Aus der Geschichte wissen wir, dass das städtische Bürgertum kaum Abwehrkräfte gegen den provinziellen Faschismus hat, der durch Innenminister wie Seehofer oder in den sozialen Netzwerken Einzug hält. Möglicherweise werden wir unversehens von Kräften überrollt, die wir nicht auf dem Schirm haben. So wie beim Verbot von linksunten, welches für unsere Häuser einiges an Relevanz besitzt.

Frühere Stellungnahmen aus dem Nordkiez:

-Analyse & Kritik über und von dem ehemaligen Plenum der (Haus-)projekte des Friedrichshainer Nordkiez

www.trend.infopartisan.net/trd0217/t110217.html

-Interview mit einigen aus der Rigaer Straße im Gefangenen Info

<http://www.gefangenen.info/der-kiez-rigaer-str-in-berlin-friedrichshain/>

Fußnoten:

(1) dazu: gefarenggebiet.noblogs.org

(2) z.B. One Struggle, One Fight 2018

<https://enoughisenough14.org/2018/09/30/berlin-one-struggle-one-fight-weide63-liebig34-stay/>

oder die Knallige Demo für bedrohte Projekte 2019

<https://de.indymedia.org/node/43855>

(3) vor kurzem Erschien dazu ein Artikel mit einer Umfangreichen Sammlung derartiger

Medieninhalte: <https://de.indymedia.org/node/66212>

(4) im Internet gibt es dazu keine Berichte, nur im Kiez wurde dazu informiert; siehe Bilderanhang

(5) aus "Wir hielten unser Wort" <https://de.indymedia.org/node/65409>

Re: Nordkiez Update; für mehr Konflikte in der Stadt

Ursprünglich als eine Erwiderung auf den Text „Nordkiez Update Anfang 2020“ (<https://de.indymedia.org/node/68294>) gedacht, wird an dieser Stelle nun doch etwas weiter ausgeholt werden müssen, um den Zusammenhang eines lokalen Konflikts mit dem gegenwärtigen Ausnahmezustand zu verdeutlichen. Wenn auch dem Grundtenor des Beitrags gar nicht widersprochen werden soll, kennzeichnet ihn vermutlich für nicht wenige Leser*innen eine starke Selbstbezogenheit inklusive Abarbeiten an der offiziellen Politik. Diese Annahme beruht auf dem regelmäßigen Ausbleiben von (öffentlichen) Gegentexten, Kritiken oder Anmerkungen, während in persönlichen Gesprächen häufig die Aktivitäten im Nordkiez als „abgehoben“, „isoliert“ oder „in der eigenen Blase lebend“ bezeichnet werden.

Bezug soll deshalb ebenfalls auf die Aufforderung aus der Interim 811 genommen werden, die in ihrem Vorwort schreibt, „Die nicht offen geführte Diskussion, ob die Scharnützel im Nordkiez sinnvoll oder gar kontraproduktiv sind, sollten vielleicht breiter geführt werden ... Machts besser und lasst uns davon wissen.“

Die Beschränktheit des Widerstands in Friedrichshain liegt nicht an den:Akteur*innen der Projekte und deren Umfeldes. Eine offen arbeitende Widerstandsstruktur wäre unglaubwürdig, würde sie nicht in der eigenen Straße den Gegner konfrontieren. Die Wahrnehmung der Situation im Nordkiez beruht vor allem auf der Nicht-Existenz sozialer Kämpfe in der Stadt. Würden auch an anderen Orten gelegentlich Bullen mit Steinen beworfen, brennende Container auf die Straße geschoben oder Kiezerstörer*innen aus der Nachbarschaft gedrängt, wären Dorfplatz und umliegende Straßen gar nicht der überpräsenste Ort, auf den sich alles projizieren lässt. Widerstand braucht Orte und Strukturen, die greifbar sind für andere und an denen auch Kritik geübt werden kann. Davon gab es in Berlin mal wesentlich mehr und ihr verschwinden hat damit zu einer Anonymisierung des Widerstands geführt.

Mit den Orten sind auch gegenkulturelle Angebote und unruhige Milieus aus der Stadt verschwunden. „Scharmützel“, wie die Bezeichnung im Interim Vorwort dafür ist, lieferten sich Jugendliche, Antifas und Autonome noch Anfang der 2000er Jahre im Mauerpark, im Viktoriapark, im Görli und Wrangelkiez, am Heinrichplatz, im Volkspark Friedrichshain, vor der Köpi, in der Umgebung der Bunten Kuh, am Rosenthaler Platz, in der Kreuzziger Straße ...

Die Stadt ist für uns kleiner geworden und damit auch das Bewusstsein für die Möglichkeiten die sie bietet, um Wut und Widerstand eine Praxis zu geben. Wo in der Vergangenheit der Konflikt mit der Macht gesucht wurde, scheint er für viele heute kaum noch vorstellbar. Für die unzweifelhaft existierenden Zusammenhänge und Individuen, denen der relative Frieden in der Stadt unerträglich ist, bieten sich allerdings wenig Orte an, an denen sich getroffen und die Auseinandersetzung gesucht werden kann. Also ist nicht die konfliktive Praxis in der Rigaer das Problem, sondern das andere Projekte und Kieze darauf verzichten um Frieden mit den Nachbar*innen zu haben und keinen Ärger mit den Bullen zu riskieren.

Die Schwäche von Strukturen ist, wenn sich ihre Stärke und Handlungsfähigkeit nur durch den Druck des Gegners aufbaut und an dessen Aggression gekoppelt ist. Natürlich rücken Chaos*innen und Nachbar*inne bei Repression wie im Nordkiez zusammen, lässt diese wieder nach, zerfällt auch die eigene Organisation. Eine Perspektive für die nächste Phase könnte sein, aus dieser Reaktionsschleife auszubrechen und außerhalb repressiver Momente gemeinsam mit der Nachbarschaft zum Angriff auf das Bestehende, womit nicht nur die Schweine in der eigenen Straße gemeint sind, überzugehen. Dabei wird der fehlende soziale Konflikt spürbar, denn die Nachbarschaft in der Rigaer befindet sich bis auf wenige Ausnahmen ja nicht in einem klassenkämpferischen Widerspruch zur kapitalistischen Normalität. Ob der Eingangs erwähnte Update Text diese Realität erfasst, oder sich um eine optimistische Deutung der Potentiale im Nordkiez bemüht, sei dahingestellt. Jedenfalls kommt er nicht um den Widerspruch herum, das Vorgehen des Feindes als wesentlichen Bezugspunkt eigenen

Handelns zu akzeptieren. Das aber wäre die revolutionäre Bestimmung autonomer Anti-Politik: ungeachtet der Maske des Innensensors und der Agenda der demokratischen Gewalt, einen eigenen Raum zu besetzen; materiell und nebenbei auch kulturell, philosophisch, sozial und ethisch.

Noch geht es einer Mehrheit der Bewohner*innen Berlins zumindest erträglich aushaltbar. Und von denen, denen es schlecht geht, wohnen kaum welche im Nordkiez. Mithin fehlt eigentlich die Basis, um eine revolutionäre Veränderung der Herrschaftsverhältnisse in diesem Viertel herbeizuführen. Als Herausforderung an die Projekte dort bietet es sich damit an, zunächst möglichst vielen Leuten, die aus unterschiedlichsten Gründen von den Herrschaftsverhältnissen und ihren Erscheinungsformen angewidert sind, einen Ort des Zusammenkommens anzubieten. Senat und Polizei wollen durch ihren Druck verhindern, dass sich etwas entwickeln kann, was außer der Verteidigung gegen Räumung, Bullen- und Naziterror, eigene Dynamiken zum überfälligen Bruch mit der Gesellschaft entstehen lässt.

2020 sollte nicht nur als Jahr von Urban Operations und Ausnahmezustand in die Geschichte eingehen, sondern als Jahr der stadtweiten, dezentralen Angriffe auf den Staat und seine Helfer*innen, wobei der Gegenentwurf zu einem besseren Leben im Nordkiez zumindest Projekte vorfindet, die sich dazu bekennen. Mit dem ratlosen Akzeptieren der momentanen Beschränkungen in der ganzen Stadt, ist der Orwellsche Überwachungsstaat seinem Ziel, bedingungsloser Gehorsam und Selbstüberwachung, ein gutes Stück näher gekommen. Das es erneut nur in der Rigaer Straße zu einer Zusammenrottung kam (letzten Freitag), ist zwar mehr als Nichts. Verdeutlicht aber, dass die Anwesenheit der Bullen erst zerbrochen werden muss, um einer gesellschaftlichen Entwicklung Platz zu verschaffen. Gleichzeitig droht durch eine Überbeschäftigung mit dem Instrument des Gefahrengebiets, die Definitionsmacht an den Staat zurück zu fallen. Lediglich über die Konfrontation mit der Polizei, ließ sich in jüngster Zeit keine weitere Positionierung der Nachbarschaft erreichen. Und was den Bau der CG Gruppe betrifft, reiht sich das Scheitern einer Verhinderung ein, in Initiativen gegen Mediaspree und Ausbau der A 100; wo der bürgerliche Protest seine Grenzen erreicht, kann der militante Widerstand auch kein Projekt stoppen. Ob sich mangelnde Schlagkraft durch populistische Aktionen, wie der Verteilung geplündert Mangelware, ausgleichen ließe, wäre eine organisatorische Frage, deren Beantwortung uns dem Ziel eines unregierbaren Viertels näher bringen wird. **Ein Beitrag aus dem Umfeld Autonomer Gruppen, 22. März 2020**

Auswertung Entsichern-Kongress 2020 (Berlin, in der Schule für Erwachsenenbildung)

Wir möchten hiermit eine Auswertung des Entsichern-Kongresses versuchen. Dieser fand am 01.& 02.02.2020 in Kreuzberg statt und war Teil der Mobilisierung gegen den Europäischen Polizeikongress in Berlin. Einen Tag vorher fand eine Demonstration unter dem Motto: „Wir bleiben gefährlich!“, mit circa 1200 Menschen statt. Diese zogen durch Friedrichshain und hatten neben offensiven Momenten mit einer stark repressiven Bullentaktik zu kämpfen. Den Auswertungstext der Demonstration findet ihr hier: <https://entsichern.noblogs.org/demonstration/>

Die Idee für einen Gegenkongress

Einen Gegenkongress zum Europäischen Polizeikongress in Berlin zu organisieren war unserer Meinung nach notwendig, da ein Treffen von Politiker*innen, Sicherheitsindustrie, Forensiker*innen, Polizist*innen und deren Lobbyverbände nicht unbeantwortet stattfinden darf. Weil dieser Kongress zum 23. Mal stattfand, ist auch die Geschichte des Widerstandes lang und divers. Neben etlichen Demonstrationen fand unter anderem im Jahr 2011 auch ein inhaltlicher Gegenkongress statt. Durch die Demonstration letzten Jahres (<https://polizeikongress2019.noblogs.org>) war endlich wieder aktiver Protest auf der Straße vorhanden, weswegen wir diesen inhaltlich durch den Entsichern-Kongress erweitern wollten. Unser Anliegen war es, einen Ort zu schaffen, an dem sich emanzipatorische Gruppen und Gefährt*innen vernetzen und austauschen können, die in der Großstadt oft nebeneinander und aneinander vorbei arbeiten und sich ansonsten nur auf Groß-Demos zunicken. Wir haben versucht drei Themenblöcke (Digitalisierung, institutioneller Rassismus und Repression gegen linke Strukturen), welche zu oft getrennt gedacht werden, miteinander zu verbinden, um somit die Sichtweise aller Beteiligten zu erweitern und dadurch die gemeinsamen Kämpfe hervorzuheben.

Wir denken, dass die überraschend große Anzahl und Zusammensetzung an Teilnehmer*innen (über das Wochenende ca. 400 Menschen) und die rege Beteiligung an den Diskussionen und Workshops als positive Annahme dieser Einladung gewertet werden kann.

Wir haben die Atmosphäre in der freien Zeit sowie während der Veranstaltungen als sehr solidarisch und offen für eigene Fragen und Positionierungen empfunden, sodass unterschiedlichste Menschen das Wort ergreifen konnten. Es hat uns auch gezeigt, dass es solche Gegenkongresse benötigt, um einen diversen Widerstand gegen die Architekt*innen der Festung Europa und ihrer Lobbyist*innen zu organisieren.

Die inhaltlichen Schwerpunkte

Der Fokus lag für uns auf Themen, welche auch auf dem Europäischen Polizeikongress besprochen wurden. So wie beispielsweise die Digitalisierung seit Jahren ein präsenteres Gesprächsthema vor Ort ist, sollten wir uns auch vermehrt mit den neuen Möglichkeiten und Gefahren auseinandersetzen. Wir wollen nicht nur auf Repressionsschläge der Polizeibehörden reagieren können, sondern uns auch konkret mit Gegenstrategien und eigenen Technik-Tools auseinandersetzen. Somit gab es neben einem Podium zum Thema auch mehrere Vorträge, die sich mit der Digitalisierung der Polizei, Datenbanken, Künstlicher Intelligenz u.a. auseinandergesetzt haben. Zusätzlich gab es verschiedene Crypto-Workshops und die Möglichkeit, eine persönliche Datenauskunft bei polizeilichen Behörden zu erstellen (datenschmutz.de).

Ein weiteres Ziel war für uns die Verbindung unterschiedlicher Repressionsstrategien gegen linke Strukturen aufzuzeigen, denn auch hier wird leider zu oft nicht das verbindende Element gesehen. Es wird sich selten aufeinander bezogen, statt auf die Erfahrungen anderer Gruppen

zurückzugreifen. Um dies zu diskutieren, wurde ein Podium organisiert, auf welchem Vertreter*innen von verschiedenen Soli-Gruppen saßen, welche zu den Themen G20, Gefährder*innen, §129b und linksunten arbeiten. Weiterhin gab es Diskussionen zu Prozessstrategien und ein Improvisations-Theater zum Thema Aussageverweigerung. Dieser Themenblock wurde durch weitere Vorträge abgerundet.

Hinter diesen beiden Schwerpunkten stand für uns der staatliche Polizeiapparat als gemeinsames Feindbild. Bullen sind nicht „nur“ dafür da, dieses kapitalistische System zu sichern und zu verteidigen. Mit ihren Handlungen gehen Ideologien wie beispielsweise des Rassismus, Faschismus und Sexismus einher, welche Auswirkungen auf jede*n von uns haben, aber im Besonderen abhängig sind von unserer Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht, sexuellen Orientierung, politischen Einstellung und vielem mehr. Wir wollten mit dem Kongress thematische Grundlagen und Praxen sichtbar machen, um ihre Logiken zu durchbrechen und den Betroffenen staatlicher Gewalt Raum zu geben.

Daher versuchten wir im Voraus Gruppen zu erreichen, die zu rassistischer Polizeigewalt, Fluchterfahrung und Bullenmorden aus antirassistischer Perspektive und eigener Erfahrung berichten können und wollen. Wir waren eine weiße und überwiegend deutsch-sozialisierte Orga-Gruppe und haben schon im Prozess der Vorbereitung immer wieder darüber geredet, was es braucht, damit genau jene Vernetzung und Zusammenkunft diverser Gruppen und Aktivist*innen besser funktioniert als derzeitig.

Hier sehen wir einen der größten Kritikpunkte an uns selbst, da wir diese Vernetzung nur bedingt geschafft haben. Wir glauben, dass unter anderem persönliche Beziehungen ausschlaggebend dafür sind, welche Gruppen auf welche Art und Weise angesprochen und nicht angesprochen werden. So wurden weder neue Kontakte geknüpft, noch eine thematische Bandbreite geschaffen, welche bei diesem Kongress notwendig und wünschenswert gewesen wäre. Wir haben offensichtlich nach den Jahren am Brandenburger Tor und O-Platz viele Kontakte zu Menschen ohne Papiere oder Menschen, die im Kontext von Bleiberechts-Kämpfen vernetzt sind, verloren. Wir haben es in der Vorbereitung und der Mobilisierung oft nicht geschafft, außerhalb unserer Szene-Blase zu denken.

Neben Vorträgen zu Pushbacks, Frontex, Ausbildungsmissionen und Auslandseinsätze der deutschen Polizei wurde ein Panel zu dem Thema „institutioneller Rassismus und mögliche Gegenstrategien“ organisiert. Hier wurde über Racial-Profilung und die Kämpfe gegen die rassistische Repressionspolitik in den USA gesprochen. In der Diskussion ging es zum Ende um die Frage der fehlenden Kontaktaufnahme und Kenntnis übereinander. Zwei Frauen vom O-Platz luden das überwiegend weiße Publikum ein, zu ihren Demos und Veranstaltungen zu kommen. Sie fragten in die Runde, warum es heißt, der O-Platz sei Vergangenheit, sie seien doch immer noch aktiv und jetzt ansprechbar. Die Zeit war natürlich viel zu kurz, um eine Strategie entstehen zu lassen, dennoch konnten Gedanken darüber angestoßen werden, worauf wir in unserer täglichen Arbeit den Fokus legen und ob wir diesen begründen können.

Das Format der Podien

Wir haben uns im Vorfeld dazu entschieden, für die verschiedenen Themenblöcke jeweils ein Podium zu organisieren. Wir finden, dass dieses Format, wenn es darauf ausgerichtet ist, eine bessere Verschmelzung zwischen Referent*innen und Teilnehmer*innen schaffen kann. Zusätzlich können mehrere Felder und individuelle Strategien, die auf Vorträgen allein stehen, miteinander gedacht und besser in Zusammenhang gesetzt werden. Unsere Podien-Idee war stark darauf

angewiesen, dass das Publikum in die Diskussion eingeschlossen wird. Wir haben versucht genug Zeit anzusetzen, um nach den Referaten auf den Podien anschließend Diskussionen zu ermöglichen. Auch die Moderator*innen hatten sich durch offene Fragen vorbereitet.

Wir glauben es geschafft zu haben, keine „Expert*innen“ auf die Stühle hinter die Podien zu setzen, die, beispielsweise durch ihre spezielle Berufsausbildung oder Wortwahl, einen Autoritätsanspruch vermittelt hätten. Wir müssen jedoch sagen, dass mehr Nachfragen aus dem Publikum kamen, anstatt längere Diskussions- oder gar Kritikbeiträge. Hier fällt uns wieder auf, wie schwierig es ist, tiefgründige und auch provokante Diskussionen in Deutschland auf die Beine zu stellen.

Auf dem Podium zum Thema Digitalisierung blieb vor allem die stark gemachte These, sich mit der Wissenschaft und den staatlich und privatwirtschaftlich finanzierten Universitäten auseinandersetzen zu müssen, wenn noch daran geglaubt werde diesen Fortschrittsglauben aufhalten zu können, zurück. Daneben gab es noch eine Debatte über die Nutzung von digitalen Medien, wie beispielsweise Twitter, für die eigene linke Berichterstattung.

Die Diskussion über eine Vernetzung linksradikaler Soli-Arbeit kratzte nur an der Oberfläche. Es wurde viel über den Mehrwert von Solidarität und was dieses Wort bedeutet geredet. Ein weiterer Punkt war der Austausch über Bedürfnisse, Privilegien und Ängste bspw. im Zusammenhang von Repression. Das hat bei uns ein gutes Gefühl hinterlassen, da wir dieses Thema sehr wichtig finden, um die Vereinzelung und Isolation durch Repression durchbrechen zu können.

Ein Ausblick für uns ist die bessere Vorbereitung als Zuschauer*innen. Eine stetige Kritik an Konsumverhalten muss schließlich auch mit Eigenkritik anfangen und damit, sich selbst kontrovers mit dem Thema des Vortrags zu beschäftigen.

Auf allen drei Podien gelang dagegen die Zusammenführung der Themen der jeweiligen Redner*innen untereinander, aber auch das Öffnen der Thematik ins Publikum. Es entstanden zwar punktuelle Vorschläge und Wünsche eine gemeinsame Praxis gegen digitale Aufrüstung, Racial Profiling oder Gerichtsverfahren, entstehen zu lassen, konkrete Verabredungen zu anstehenden Projekten blieben aber weitestgehend aus.

Workshops/ Vorträge

Es war uns wichtig, nicht nur einen Raum für eine theoretische Auseinandersetzung zu eröffnen, sondern auch einen praktischen Teil im Programm zu haben. Somit gab es neben einer Diskussionsveranstaltung zum Umgang mit Repression, bei der nur ein sehr kurzer Input gegeben und mehr Wert auf einen gemeinsamen Austausch gelegt wurde, auch ein Improvisations-Theater. Zusätzlich gab es einen Workshop für Tails, Smartphone-Sicherheit, Computer-Sicherheit und die oben schon erwähnte Möglichkeit des Datenauskunftersuchens. Auch hier waren wir positiv überrascht von der Menge an Leuten, welche die Workshops mit Leben gefüllt haben.

Wir hatten das Glück über eine große Anzahl an Räumen zu verfügen, weshalb wir manche Workshops das ganze Wochenende in einen extra Raum verlegen konnten. Unser Anspruch war, nach den Vorträgen genug Zeit zu lassen, um eine Diskussion zu ermöglichen und zwischen den Vorträgen und Workshops genug Raum zum Austausch zu haben. Wir haben das Feedback bekommen, dass an manchen Stellen zuviele Veranstaltungen parallel liefen und somit nicht allen Vorträgen/ Workshops die gleiche Bedeutung zukam.

Flint*-Assembly

Ein Thema, was in den meisten Projekten leider oft nicht mitgedacht wird oder viel zu kurz kommt, ist eine feministische Sicht und das Aufzeigen patriarchaler Strukturen. Wir waren sehr erfreut darüber, dass eine Gruppe eine Flint*-Assembly organisiert hat. Diese war gut besucht aber leider zeitlich an das Ende des Kongresses gerutscht. Dies ist ein Kritikpunkt, den wir in Zukunft bedenken werden. Inhaltlich ist es sinnvoller, eine Flint*-Assembly an den Anfang zu stellen, da der gesamte Kongress aus einer feministischen Perspektive gesehen und beeinflusst hätte werden können.

Auf in ein rebellisches Jahr 2020

Wir möchten mit dieser Auswertung einen groben Überblick über den Entsichern-Kongress geben. Wir haben bewusst viel positive als auch negative Kritik in den Text einfließen lassen, um unsere Erfahrungen weiterzugeben. Wir sind sehr froh, dass die Idee, einen Kongress zu organisieren, auf so viel Anklang gestoßen ist und möchten uns bei allen Beteiligten bedanken: für den EA-Infotisch, die lecker Sokü, die Kinderbetreuung, die Ausstellung zu den vergangenen Protesten gegen den Polizeikongress, die Übersetzung und alle Referent*innen. Danke für euer Vertrauen und eure Initiative!

Eine Auswertung der Demonstration sowie Diskussionen über Kultur und Strategien dieser Aktionsform blieben auf dem Kongress aus. Wir haben uns daher als Vorbereitungskreis darauf geeinigt, eine offene Vollversammlung zu organisieren. Auf dieser wurde konkret über die „Wir bleiben gefährlich!“ Demo aber auch über alternative Konzepte diskutiert. Eine weitere Vollversammlung ist in Planung.

Die Demonstration sowie der Kongress sind dabei nur drei Tage im Jahr. In diesen drei Tagen konnten wir uns besser kennenlernen, austauschen, Motivationen sammeln, Ängste abbauen und haben einmal mehr gesehen, wer die Feinde der Freiheit sind. Wir denken, das Wochenende gegen den Europäischen Polizeikongress war ein guter Start in das Jahr 2020 und wünschen uns, dass bei uns allen die Notwendigkeit, sich aufeinander zu beziehen, Kämpfe gemeinsam zu denken und solidarisch zu handeln im Kopf hängen geblieben ist.





Kriegsverbrecher haben Namen und Adressen

Im Aufsichtsrat des Rüstungskonzerns Rheinmetall sitzen beispielsweise:

Andreas Georgi
Ludwig-Maximilians-Universität München
Fakultät für Betriebswirtschaft
Institut für Unternehmensrechnung und Controlling
Ludwigstr. 28, RG, 5.OG
80539 München

Susanne Hannemann
Hochschule Bochum
Fachbereich Wirtschaft
Lennershofstr. 140, Raum: AW 3-32
44801 Bochum

Franz Josef Jung
Rechtsanwaltsbüro
Platz von Montrichard 3
65343 Eltville

Marion A. Weissenberger-Eibl
Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung ISI
Breslauer Straße 48
76139 Karlsruhe

Diese Personen haben den Rheinmetall-Vorstand berufen und beraten. Sie haben die Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen des Konzerns ermöglicht, geduldet bzw. befürwortet, allein indem sie ihren Überwachungs- und Kontrollpflichten nicht nachgekommen sind. Sie sind namentlich mitverantwortlich für den Tod von Menschen, den Rheinmetall-Bomben beispielsweise im Jemen verursacht haben. Bei Besuchen an den Dienst- und Privatadressen dieser und weiterer Personen kann die Kritik in den kommenden Monaten eindrücklich vermittelt werden.